

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

110 (12.5.1932)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
anzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeter-
zeilen zu Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichtentziehung des
Anzeigenortes, bei geschäftlicher Verbindung und bei Kontoren außer Kraft tritt. Erklärungen
zu den Geschäftsbedingungen in der 1. u. 2. Spalte der Anzeigen-Spalten 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Primat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, halbjährlich 10,92 Mark, jährlich 21,84 Mark. Durch die Post 2,36 Mark. Einzelverkauf 10 Pfennig. Er-
scheinung 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr. Postfachkonto 2630 Karlsruhe. Geschäftsstelle
und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28. Fernruf 7020/7021. Postfach-Mitteilungen
Durlach, Gumpelstr. 9. B.-Boden, Jagdhausstr. 12. Rastatt, Reichenstr. 2. Offenburg, Reubillstr. 4.

Nummer 110 Karlsruhe, Donnerstag, den 12. Mai 1932 52. Jahrgang

Dauersitzung im Reichstag

Brüning für Streichung der politischen Schulden - Hilferding brandmarkt den Widerspruch und den geistigen Diebstahl der Hakenkreuzler

Nackenschläge für die Nazi

Berlin, 11. Mai. (Eig. Draht.) Der Reichstag richtete sich am Mittwoch auf eine Dauersitzung ein. Schon um 10 Uhr vormittags begannen die Beratungen. Stundenlang gab es zornige Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien der Mitte und den Nationalsozialisten.

Sozialisten offensichtlich Anweisung erhalten, während der Rede Hilferdings den Saal zu verlassen, aber mehr und mehr fanden sie sich doch wieder ein. Der ganze Reichstag hörte den Vortrag Hilferdings über Grundfragen des Marxismus mit großer Spannung an. Hilferding hielt den Nationalsozialisten zunächst vor, daß sie stets sich drücken, wenn sie sozialistische Forderungen in die Praxis übertragen sollen.

nicht den einzelnen Unternehmer an, sondern das kapitalistische System, das die Ausbeutung der Massen als Grundlage hat. Siegesicher verkündete Hilferding den Anbruch des sozialistischen Zeitalters in einem temperamentvollen Bekenntnis des Glaubens an den Sieg für Wahrheit und Freiheit.

Reichskanzler Brüning

Im Laufe der Sitzung das Wort zu einer im wesentlichen unpolitisch gestimmten Rede. Die Nationalsozialisten, die von diesem Vorgehen haben, sich während dieser Reichstagsansammlung nicht zu benehmen, gaben sich alle Mühe, auch den Reichskanzler nicht auszubüßen. Reichskanzler Brüning stellte für die Abströmung des Grundgesetzes auf.

Als die Sozialdemokratie den Antrag auf Verstaatlichung der Eisenindustrie stellte, wer drückte sich da? Die Nationalsozialisten. Als nach der Bankenjanierung die Sozialisierung der Banken auch reif gewesen wäre, wer hat da geschwiegen? Die Nationalsozialisten.

Hilferding insinuierte, er sei gespannt, welche sozialistischen Forderungen sie bei ihren preußischen Koalitionsverhandlungen stellen würden. Aus der Harsburger Tagung wisse man, daß die Nationalsozialisten damals weder das Wirtschafts- noch das Arbeitsministerium be-
zogen wollten, obwohl dies die entscheidenden Ministerien für sozialistische Maßnahmen seien.

weiterheit gab es, als Hilferding außerdem zu Staatsdebatten des Jahres 1892 nachwies,

wieviel von dem Straherschen Sozialismus aus Reden von August Bebel gestohlen ist. Sogar das Wort „Synthesen“ haben sie von August Bebel übernommen.

Nach weiterer wurde das Haus, als Dr. Hilferding an mehreren Titeln nachwies, daß Straher geistige Anleihen

nicht nur bei Karl Marx, sondern auch bei Heinrich Heine entnommen hat. Hilferding meinte, er danke es Straher, daß er marxistische Gedankenansätze in Kreise getragen, die bisher den Ideen der Sozialdemokratie schwer zugänglich gewesen seien. Auch die Brechung der Jüdischkeit habe August Bebel im Jahre 1893 verlangt, freilich nicht im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft, was Unfug ist, sondern nur als Schlüsselstein für eine neue Gesellschaftsordnung.

Alle wirtschaftlichen Absichten der Nationalsozialisten, die zu einer vollen Inflation führen, wies Hilferding überzeugend nach. Schließlich bewies er, ob Strahers Rede in irgendeiner Beziehung übereinstimme mit dem

Vortrag, den Hilfer im Industrieklub in Düsseldorf gehalten habe. Wenn Fritz Thossen, der Großkapitalist, am Schlusse des Vortrages vorgetragen gerufen habe: „Heil Hitler!“ so müßte der Unterschied zwischen der Rede Strahers und der Rede Hilfers so groß sein, wie der zwischen den Arbeitern und Fritz Thossen. Hilferding beendete seine in jeder Beziehung als angelegte Rede mit einer Verkündung des Klassenkampfes und unseres Zieles einer klassenlosen Gesellschaft.

Nicht Klassenhaß ist uns unsere Bewegung, wir fragen

an der Wahrung unter allen Umständen festhalten werden müsse. Die Vorschläge Strahers führten zur Inflation, die in Deutschland nicht gebremst werden könne. Auch die Ausweitung des Arbeitsdienstes hänge von klarer, lauterer Finanzierung ab. Der Reichskanzler erklärte, daß die Hausbank des Reichs, der Länder und Gemeinden mit gleicher Sorgfalt behandelt werden müßten. Schließlich forderte er noch einmal die Regierungen der Welt auf, endlich einen richtigen Frieden zu schaffen.

Die Kanzlerrede machte starken Eindruck. Eine Rede wies sie sofort auf, als der Kanzler

auf die wirtschaftlichen Wirkungen seiner Notverordnungen überhaupt nicht einging.

Insbesondere sagte er nichts über die verheerenden Folgen des viel zu weit getriebenen Lohnbaues.

Schließlich sprach der Spalter Abg. Dr. Siemen in groben Tönen. Seine „Partei“, so probierte er, werde mit viel größerer Energie als Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen die Reichsregierung zur außerparlamentarischen Einheitsfront führen.

Der Kommunist Hädel verzapfte den Blödsinn, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in vollem Abmarisch zu Hitler seien. Am Schlusse seiner Rede schrien die Kommunisten ein dreimaliges „Möbel“ auf das Brüning-Kabinett.

Reichsminister Schlange-Schöningen sprach über Dabiffe und Diebstahl. Neue Stillschließungen dürften nicht mehr gestellt werden. Eine tolle Nummer ist der designationale Abg. Kleiner, der eigentlich bei den Nationalsozialisten Platz nehmen sollte. Ohne Spur eines Beweises schrie er, brüllte er eine Stunde lang die tollsten Anklagen und Beschimpfungen gegen Reichsbanner, Sozialdemokratie und sonstige Republikaner in den Saal. Als ihn Löbe durch zwei Ordnungsrufe etwas zu parlamentarischen Sitten bringen wollte, zeigte er sich, daß der Herr nicht einmal gemerkt hatte, in welchen Schimpfereien er sich bewegte.

Der Christlich-Soziale Hennes will alle Organisationen verbieten lassen. Die aufreißend den christlichen Glauben verhöhnen. Gleichwohl aber bezeichnete er die Gottlosen als Gericht Gottes wegen mannigfachen Veragens der Kirche.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.)

Ich habe am späten Abend die Sitzung auf eine hohe geistige Höhe. Der Reichstag wurde für kurze Zeit zu einem akademischen Saal. Hilferding erwies Straher die Ehre, dessen Aussagen moralisch zu durchleuchten. Zwar hatten die National-

sozialisten offensichtlich Anweisung erhalten, während der Rede Hilferdings den Saal zu verlassen, aber mehr und mehr fanden sie sich doch wieder ein. Der ganze Reichstag hörte den Vortrag Hilferdings über Grundfragen des Marxismus mit großer Spannung an. Hilferding hielt den Nationalsozialisten zunächst vor, daß sie stets sich drücken, wenn sie sozialistische Forderungen in die Praxis übertragen sollen.

Als die Sozialdemokratie den Antrag auf Verstaatlichung der Eisenindustrie stellte, wer drückte sich da? Die Nationalsozialisten. Als nach der Bankenjanierung die Sozialisierung der Banken auch reif gewesen wäre, wer hat da geschwiegen? Die Nationalsozialisten.

Hilferding insinuierte, er sei gespannt, welche sozialistischen Forderungen sie bei ihren preußischen Koalitionsverhandlungen stellen würden. Aus der Harsburger Tagung wisse man, daß die Nationalsozialisten damals weder das Wirtschafts- noch das Arbeitsministerium bezogen wollten, obwohl dies die entscheidenden Ministerien für sozialistische Maßnahmen seien.

weiterheit gab es, als Hilferding außerdem zu Staatsdebatten des Jahres 1892 nachwies,

wieviel von dem Straherschen Sozialismus aus Reden von August Bebel gestohlen ist. Sogar das Wort „Synthesen“ haben sie von August Bebel übernommen.

Nach weiterer wurde das Haus, als Dr. Hilferding an mehreren Titeln nachwies, daß Straher geistige Anleihen

nicht nur bei Karl Marx, sondern auch bei Heinrich Heine entnommen hat. Hilferding meinte, er danke es Straher, daß er marxistische Gedankenansätze in Kreise getragen, die bisher den Ideen der Sozialdemokratie schwer zugänglich gewesen seien. Auch die Brechung der Jüdischkeit habe August Bebel im Jahre 1893 verlangt, freilich nicht im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft, was Unfug ist, sondern nur als Schlüsselstein für eine neue Gesellschaftsordnung.

Alle wirtschaftlichen Absichten der Nationalsozialisten, die zu einer vollen Inflation führen, wies Hilferding überzeugend nach. Schließlich bewies er, ob Strahers Rede in irgendeiner Beziehung übereinstimme mit dem

Vortrag, den Hilfer im Industrieklub in Düsseldorf gehalten habe. Wenn Fritz Thossen, der Großkapitalist, am Schlusse des Vortrages vorgetragen gerufen habe: „Heil Hitler!“ so müßte der Unterschied zwischen der Rede Strahers und der Rede Hilfers so groß sein, wie der zwischen den Arbeitern und Fritz Thossen. Hilferding beendete seine in jeder Beziehung als angelegte Rede mit einer Verkündung des Klassenkampfes und unseres Zieles einer klassenlosen Gesellschaft.

Nicht Klassenhaß ist uns unsere Bewegung, wir fragen

Abg. Sollmann (Soz.)

Ich habe den Eindruck, daß in keiner Freierversammlung jemand eine so gottlose Rede halten kann, wie dieser Prediger Doebrina.

Da ist es begreiflich, daß der verstorbene Reichsminister Stresemann es abgelehnt hat, noch einmal ein Gotteshaus zu betreten, in dem dieser Mann predigt. (Hört, hört!) Als die Franzosen im Rheinland standen und die sozialdemokratischen, christlichen und kommunistischen Arbeiter gegen die Separatisten kämpften, war kein Hitler, kein Goebbels, kein Salentanz, kein Schwarz-Weiß-Rot im Rheinland zu sehen. (Hört, hört links, Unruhe rechts.)

Als wir die Kathäker hüteten und die Separatisten hinausjagten, in derselben Zeit machte Hitler seinen Putz in München und leistete damit den Franzosen Hilfe.

(Hört, hört links, Lärmen bei den Nationalsozialisten.) Der Redner stört dann Stellen aus

Schriften des Nationalsozialisten Rosenbergs, in denen die katholische Kirche als „alte Zauberlehre“ verspottet wird.

Abg. Dittmann (Soz.)

erklärt nach einer Rede des Nationalsozialisten Ley unter Berufung auf das Ergebnis des parlamentarischen Untersuchungsausschusses

jeden für einen elenden Verleumder, der die falsche Behauptung aufstellte, daß er an den Menterreien beteiligt gewesen sei.

Abg. Sollmann erwidert dem Abg. Ley, der Kölner Arbeiter- und Soldatenrat habe überhaupt die erste Kundgebung gegen die Separatisten veranstaltet. Abg. Dr. Goebbels habe sich gerühmt, wegen dieser Kundgebung in belgischen Gefängnissen geschmäht zu haben. Der Jungdeutsche habe Goebbels wegen dieser falschen Behauptung einen „abgefeimten Lügner“ genannt und Goebbels habe diesen Vorwurf einstehen müssen.

Bis in die zweite Morgenstunde entwickelte sich noch eine Debatte, ehe Präsident Löbe feststellen konnte, daß die politische Aussprache beendet sei. Erst gegen 1.30 Uhr konnte Präsident Löbe die Sitzung schließen, die mehr als 15 Stunden andauerte hatte.

Gorgulows Vernehmung

Sein Massen-Attentatsplan

Paris, 12. Mai. Der Mörder Doumer, Gorgulow, wurde gestern vom Untersuchungsrichter besonders über die bei ihm vor-
gefundenen Erinnerungen vernommen. Er bezeichnet die Selbst-
schuldigung, in der Tschekoslowakei ein Attentat begangen zu ha-
ben und auch an dem Raube des Sohnes Lindbergs beteiligt gewesen
zu sein, als Ausgeburt der Phantasie. In seinen Memoiren hat er
sich auch bezeugt, ein

Attentat auf den Reichspräsidenten v. Hindenburg geplant zu haben. Er erklärte hierzu:

1929 hatte ich bereits den Gedanken gefaßt, als ich mich in der Tschekoslowakei aufhielt, aber erst 1930, als die Prager Regierung mir das Recht, den Beruf des Arztes ausüben zu lassen, beantragte ich beim deutschen Konsul ein

Visum für Berlin und man hat es mir als russischem Flüchtling verweigert.

Wegen eines gegen den Präsidenten der tschekoslowakischen Repu-
blik geplanten Attentats äußerte Gorgulow: Das war damals, als ich dem Präsidenten vorgestellt wurde. Ich hatte meinen Revolver nicht mitgenommen.

Der Präsident der Tschekoslowakei

war sehr freundlich zu mir, und deshalb gab ich die Absicht, ihn zu töten, auf. Ich hatte die Absicht, gegen alle Welt zu kämpfen, ich wollte

auch Stalin umbringen,

aber es gelang mir nicht, nach Moskau zu kommen. Deswegen be-
absichtigte ich, den Sowjetbotschafter in Paris umzubringen. Im
Januar ds. Js. begab ich mich zur Sowjetbotschaft und eruchte um
ein Visum für Russland. Ich hatte meinen Revolver bei mir. Aber
der Botschafter empfing mich nicht.

Der Untersuchungsrichter hat gestern die Aussage eines in Toul
wohnenden Russen entgegengenommen, der behauptet, Gorgulow sei
aus Prag mehrmals nach Russland gereist und nach einer dieser
Reisen habe er über erhebliche Geldsummen verfügt.

Paris, 11. Mai. Bei der Untersuchung über das Vorleben
Paul Gorgulows soll sich ergeben haben, daß Gorgulow mit einem
gewissen de Brovare längere Zeit in Beziehungen gestanden hat.
Wie die Liberté meldet, ist in einem Koffer, den de Brovare in
Nizza zurückgelassen hat, ein auf seinen Namen angefertigter Sowjet-
paß gefunden worden. De Brovare ist 1924 von Berlin her nach
Paris gekommen. Nach de Brovare und seiner Frau wird gefahndet.

Bekannter Gorgulows wird in Berlin verhört

Berlin, 11. Mai. Auf Veranlassung der Pariser Kriminal-
polizei hat die Berliner Polizei den seit Jahren auf Kantenpaß in
Berlin lebenden russischen Emigranten Valentin Jakowlew, In-
haber einer Strumpfwarenhandlung, heute zur Vernehmung ins
Polizeipräsidium geladen. Jakowlew, der gleichzeitig Redakteur
einer in Paris und Berlin erscheinenden russischen Emigranten-
zeitung Die Sturmglode ist, soll ein Gefinnungsgenosse Gorgulows,
des Mörders des französischen Staatspräsidenten Doumer, sein; er
wird jedoch mit Gorgulow in keinerlei näheren Beziehungen ge-
standen haben.

Graßmanns Reichstagsrede

Praktische Gewerkschaftsarbeit gegenüber nationalsozialistischen Forderungen

Nachstehend einige Ergänzungen zu der bereits ausgearbeiteten Rede des Reichstagsredners des bekannten Gewerkschaftsführers Gen. Graßmann.

Die fortgesetzten Lohnsenkungen waren immer von einem Anschwollen der Arbeitslosigkeit begleitet und haben neben all den Drosselungsmaßnahmen der Länder und Gemeinden zu einem Zustand geführt, der eigentlich jeden Deutschen mit Scham erfüllen mußte.

Wir leben heute ein Bettelwesen, wie wir es früher als Charakteristikum des Orients angesehen haben.

Der Redner führt zahlreiche Berichte aus den verschiedensten Teilen des Reiches an, die den grauenvollen Umfang der schlimmsten Not beweisen. Die Herren der Wirtschaft, die hier gesprochen haben, sagen dazu — nicht „Welch“ furchtbare Bankrotterklärung! Die Leute, die vor aller Welt als die großen Männer dastanden, sind heute ratlos. Ich verweise auf die bekannten Versicherungen von Professor Reunes und auf den Brief des amerikanischen Notenbankgouverneurs Montagnorman an den Direktor der Bank von Frankreich Comnet, worin der Zusammenbruch des Kapitalismus binnen einem Jahr vorausgesagt wurde. Normann wünschte, daß diese Prophezeiung aufgezeichnet werde, damit man sie zu gegebener Zeit nachprüfen könne.

Das Ergebnis der fehlerhaften Maßnahmen der sogenannten Wirtschaft ist zunehmende Arbeitslosigkeit, die nicht nur eine moralische und politische, sondern auch eine gesellschaftliche Gefahr bedeutet.

Wir haben vor einigen Wochen auf dem Krisentag des ADGB die beschämende Tatsache festgestellt, daß die deutsche Öffentlichkeit gegen die Not der Arbeitslosigkeit so abgestumpft ist, daß die Veröffentlichungen über ihren Stand mit demselben Gleichmut registriert werden, wie etwa die Wetterberichte. (Hört! Hört! links). Herr Ströber hat uns heute ein Helmenos abgeleiert, wie sich seine Partei die Verminderung der Not denkt, und wie sie sich entschlossen habe, nicht zu warten, bis sie im Besitz der Macht ist, sondern das bis dahin sorgfältig gehütete Geheimnis dessen, was sie tun will, auf dem Altar des Vaterlandes preiszugeben. Da darf ich vielleicht daran erinnern,

daß die von Ihnen soviel geschmähten freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie seit länger als zwei Jahren an allen zuständigen Stellen gewirkt, gehöhrt, gemacht und gefordert haben, daß rechtzeitig eingegriffen wird, ehe die Arbeitslosigkeit zu einer solchen Lawine anwächst.

Wir haben im Januar 1930 planmäßige Arbeitsbeschaffung gefordert, im Februar 1930 ein Verbot der Ueberstunden und der Aufstockung der Arbeitszeit, im Mai 1930 die Rationierung der Aufstockung, damit nicht weiter Ueberstunden geleistet und die Arbeitslosigkeit der anderen vermehrt wird. Im Februar 1931 haben die Einzelgewerkschaften dem Reichspräsidenten gegenüber als dringende Gegenwartsaufgabe die Wiedereinführung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß und die zuzuführende Arbeitsbeschaffung bezeichnet. Wir haben dieses Programm im Sommer v. J. auf unserem Kongreß in Frankfurt am Main erweitert und uns damals für den Plan eingesetzt, den der viel zu früh verstorbene Albert Thomas mit seiner glühenden Energie verfolgt hat, um durch internationales Zusammenwirken Arbeit und Kredite zu beschaffen.

Am 13. April d. J. hat unser Krisentag es als besonderen Stempel bezeichnet, daß angesichts von mehr als 6 Millionen Arbeitslosen noch immer in gewissen Erwerbszweigen über 48 Stunden gearbeitet und vielfach Ueberstunden gemacht werden.

Dabei sind a. B. in der Schuhindustrie Jobntausende schon seit 6 Jahren ununterbrochen arbeitslos. (Leb, hört! Hört! links.) Trotzdem aber nehmen Pensionäre und Doppelverdiener noch immer den Arbeitslosen das Brot weg.

Wir verlangen, unmittelbar wirksame Maßnahmen durchzuführen. Unser Krisentag hat solche Forderungen

Besonders für die jüngeren Arbeiter

aufgestellt, die in verschiedenen Gewerben einen stärkeren Anteil an der Arbeitslosigkeit haben als ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprechen würden. Ein guter Teil dieser jungen Leute gehört heute zu der Klientel der Hilfsarbeiten, denn sie reagieren menschlich auf einen im Tiefsten als unrecht empfundenen Zustand, sie fühlen sich nicht mehr an die menschlichen Gesetze gebunden, da auch ihnen gegenüber das Recht auf Selbsthaltung vermeintlich nicht

gewahrt werde. Sie erwarten von einem Wunder die Rettung. Dieser Zustand ist aber auch eine Gefahr für die künftige industrielle Entwicklung Deutschlands, denn wenn der alte Schlag der hochqualifizierten Arbeiter ausfällt, wenn diese nichtausgebildeten Jugendlichen an ihre Stelle kommen, dann steht es schlecht um die Leistungen aus. (Sehr wahr).

Es würde auch, wenn wir die Nationalisierung rückgängig machen könnten, ein guter Teil Arbeitsloser übrig bleiben. Die Schuhindustrie hat z. B. 1927/30 um 10 Prozent weniger produziert, ihre Arbeitslosigkeit aber ist um 60 Prozent gestiegen. Das ist mehr, als durch die arbeitssparenden Maschinen erklärt wird. Auch bei einer günstigen Konjunktur würden etwa 30 Prozent der Schuharbeiter erwerbslos bleiben. Wir fordern die Verkürzung der Arbeitszeit bis höchstens 40 Stunden pro Woche.

Dabei meinen wir, daß bei den arbeitssparenden Methoden die Arbeitszeit noch viel länger sein könnte. Der Referententwurf des Arbeitsministeriums ist ungenügend. Wir verlangen die Arbeitszeitverkürzung für alle Erwerbsgruppen, besonders auch für die Metallindustrie, die der Entzweiung ausbleiben will. (Leb, Zustimmung links). Würde uns ein unvorhergesehenes Wunder eine Konjunktur wie 1929 schaffen, so würden wir dann die vorhandene Apparatur auch nur zu 75 Prozent ausnutzen können. All denen, die auch dann nicht in Arbeit kommen würden, kann und muß durch erhöhte Löhne oder Arbeitsbeschaffung geholfen werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit muß mit einem Einstellungsanstieg verbunden sein.

Nach eingehender Darlegung und Begründung der Arbeiterforderungen und des Arbeitsbeschaffungsprogramms des freigeigenschaftlichen Krisentages und der zugleich gemachten Deduktionsvorläufe — das Geld wäre nützlich angewendet, als wenn man es vielleicht für Tummelgelder ausgeben müßte — erklärt sich Abg. Graßmann im Namen seiner Partei gegen die Arbeitsdienstpflicht.

Freiwillige Arbeitsdienst darf die Bedingungen der freien Arbeit nicht gefährden und nur als Zusatzarbeit von Jugendlichen einleiten.

Herr Ströber hat einen Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei konstruieren wollen. Seine Umdeutung an die freien Gewerkschaften führt uns nicht, zumal seine Partei uns bisher immer in nicht wiederzugebender Weise beschimpft und verleumdet hat. Hitler hat im Mai 1931 zu Dr. Otto Ströber geäußert, die Arbeiter wollten nur Brot und Spiele. (Widerpruch der NSDAP.) Von der Herrlichkeit ist doch ihre ganze Literatur, das können Sie doch nicht ablesen. (Es geschieht doch!) In seinem Buch „Mein Kampf“ nennt Adolf Hitler die freien Gewerkschaften Instrumente des vergifteten Klassenkampfes; er ruft nach dem Drahtentferner gegen uns. (Die NSDAP.) Ich alle diese Zitate abzulesen, ebenso die folgenden Richtlinien ihrer Betriebsorganisationszentrale. Sie haben sich freilich ihre Betriebsorganisationszentrale abgemöhnen müssen, als die Eiserne Front kam. Ihre NSDAP geht ähnlich wie die ADGB auf die Zersplitterung der Gewerkschaften ab. Die Richtlinien lauten allerdings auch: „Bedenken gegen uns sind bei den A. Arbeitgebern zu zerstreuen.“ (Stimm. Hört! Hört! links.) Durch diese gegen die „Bosonen“ soll nach diesen Richtlinien in den Arbeitern der Krieg erweckt und auf diese Weise der Wut der Gewerkschaften begrenzt werden. (Zurufe des Abg. Graf Reventlow.)

Wir sind und bleiben Marxisten, weil uns die Lehre von Marx täglich befruchtet, was wir erleben.

Den Klassenhass haben wir nicht geschaffen, er ist aus der Ausbeutung und Rechtlosigkeit des Proletariats erwachsen. Den Klassenkampf werden Sie uns nicht austreiben, damit würden wir ja nur uns selbst, unsere Organisationen aufgeben.

Wenn Sie erst in die Lage kommen sollten, ihre Versprechungen erfüllen zu müssen, werden Sie es nicht können und werden. Ihnen ist Ihre so heterogene Partei selbstverwundet. Wir aber, freie Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei, fühlen uns als Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse.

Wir fühlen uns als die Organisation der Arbeiterklasse, die in allen Stürmen ihre Treue halten, und weder mit Ausschöpfung noch mit Terror werden Sie uns niederzwingen. Der unerschütterliche Glaube an den Sozialismus, der mit der Brutalität Bismarcks, mit der Zuderkrochtheit Wilhelmis fertig geworden ist, er wird auch diese Zeit der Silberrückwärts, er wird uns zum Siege führen! (Stürmischer Beifall der Soz.)

Wie steht es mit der Abrüstung?

Von H. G. Saebler

Die innerpolitischen Entscheidungen der letzten Wochen haben das Interesse der Öffentlichkeit fast ganz in Anspruch genommen. Aber es wäre falsch, darüber zu vergessen, daß mittlerweile in Genf nicht minder wichtige Entscheidungen herangereift und in gewissem Sinne sogar gefallen sind. Am 1. April ist die Abrüstungskonferenz wieder zusammengetreten; die Zeit der großen programmatischen Reden und des konstruktiven Aufbaus der Arbeitsdispositionen ist vorbei; die tatsächliche Arbeit hat begonnen. Man hatte sich entschlossen, zunächst die wichtigsten und grundlegendsten Fragen des zweifelslos politischen und militärisch komplizierten Abrüstungsproblems zu erörtern und zu entscheiden. Davon soll im folgenden die Rede sein.

Drei wichtige Fragen hat die Generalkommission bis jetzt abgeschlossen: Die erste Frage ging dahin, ob die Abrüstungsverminderung durch ein einzelnes Abkommen oder etappenweise durchgeführt werden sollte; die zweite bezog sich auf die Kriterien der Abrüstungsverminderung und die dritte beschäftigte sich mit dem Verbot bestimmter Waffenarten. Eine Reihe anderer Fragen, darunter allerdings die politisch umstrittensten, wurde vorerst, nicht zuletzt aus Rücksicht auf die französischen Wahlen, zurückgestellt. Doch zeigte sich schon bei der Behandlung der genannten Themen, daß sich innerhalb der Konferenz politische Mächtegruppirungen anbahnten, die etwa auf der einen Seite England, Italien, Rußland, Deutschland und Amerika zeigten, während auf der anderen Seite Frankreich und die mit ihm in engeren Beziehungen stehenden kleineren europäischen Staaten standen. Es war der amerikanische Delegierte, Vorkämpfer Gibson, der eine Resolution vorlegte, nach welcher Tanks, schwere demontable Artillerie und Giftgas verboten sein sollten. Noch weiter gingen der italienische und deutsche Vertreter, die ein Verbot aller Angriffswaffen forderten. Dazu wurden gerufen: Unterseeboote, Bombenflugzeuge und Schiffe über 10000 Tonnen. Es ist eine gewisse Ironie der Geschichte, daß sich in diesem Punkte die deutsche Regierung gegenüber Tardieu, der dieser qualitativen Abrüstungseinschränkung nicht zustimmt, sich auf die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages stützen konnte. Das Ergebnis dieser Beratungen wurde schließlich in einer einstimmig angenommenen Resolution niedergelegt, die in ihrem Wortlaut zwar den französischen Wünschen etwas entgegenkam (offenbar wollte man Tardieu vor den Wahlen keine unvollständige Niederlage bereiten), die aber sachlich doch einen Sieg der

Idee der „qualitativen Abrüstungseinschränkung“, also das Verbot schwerer Angriffswaffen, brachte.

Die Frage, in welchem Tempo die Abrüstung vor sich gehen sollte, wurde zugunsten einer allmählichen, planmäßigen fortschreitenden Abrüstungsverminderung beantwortet. Vom idealen passivsten Standpunkt aus gesehen wäre selbstverständlich eine sofortige, allgemeine, weitreichende Abrüstung das Richtige. Aber da in Genf nicht passivistische Idealisten, sondern Staatsmänner, Generale und nationalpolitisch interessierte Persönlichkeiten bestanden — ganz abgesehen von den Möglichkeiten, die sich hinter den Kulissen für Agenten der Rüstungsindustrie bieten; man denke an den Fall Shearer — da also hier nationale Egoismus und internationale Solidarität miteinander im Kampfe liegen, so wird man von einer in der Zeit der ungeheuerlichen Wirtschaftskrise taugenden Versammlung kapitalistischer Regierungen nicht mehr erwarten dürfen, als sie ihrem politischen Wehen nach gehen kann. Hier ist deshalb schon das Zweifelsfreie etappenweise Abrüstung ein nicht unbedeutender Fortschritt. Dabei wird wesentlich sein, und das muß im Laufe der weiteren Beratungen noch geklärt werden, wieviel vor allem der erste Schritt gemacht wird; bringt er keine einschneidende, sichtbare und vor allem auch für alle Staaten finanziell fühlbare Verminderung der Rüstungsausgaben, so werden als schönen Deklamationen grundsätzlicher Abrüstungsbereitschaft als das erkannt werden, was sie dann auch sind: Phrasen, hinter denen nicht der Wille zum Frieden, sondern nur der Versuch sich verdrängt, mit neuen Methoden aufzuräumen.

Dies Kapitel der Abrüstungsfrage, in dem man bis jetzt nur gelegentlich und recht vorsichtig geäußert hat, wird zweitens in dem Erscheinen treten, und das kann in wenigen Wochen sein, wenn die Punkte 4 und 5 des Arbeitsprogramms zur Debatte stehen: die französischen Vorschläge eines Ausbaues der Völkerbundsanstalt hinsichtlich militärischer Operationen des Völkerbundes und die Internationalisierung der Zivilluftfahrt einerseits, und die für Deutschland wesentliche Frage, ob die Abrüstungsbestimmungen der Friedensverträge auf alle Staaten Anwendung finden sollen. Hier wird der politische Angelegenheit der Abrüstungsfrage deutlich werden, und sie einerseits in die Zukunft bauenden Friedenspolitik fähig ist; für Deutschland aber erwächst hier eine Möglichkeit, seinen politischen Kredit wieder zu erlangen: vorausgesetzt, daß nicht nationalstiller Hochmut und militärischer Generalsehrgeiz entscheiden, sondern kluge Wertungsbereitschaft die Probleme „Beherrschung“ und „Gleichberechtigung“ so zu gestalten vermag, wie es im Interesse des Friedens notwendig ist.

Koalitionsregierungsneigung in Frankreich

Sinter den Kullissen

Paris, 11. Mai. (Eig. Draht.) Der Präsident der Republik wird seine Besprechungen mit den Parteiführern zur Lösung der Kabinettskrise wahrscheinlich erst am 5. oder 6. Juni beginnen, weil die neue Kammer erst als endgültig festgelegt ist, und erst ein Präsidium wählen kann, wenn die Mandate der gewählten Abgeordneten als rechtskräftig anerkannt worden sind, was gewöhnlich 4 bis 5 Tage in Anspruch nimmt. Die offiziellen Besprechungen über die Koalitionsregierungsneigung dürften in den letzten Matigen beginnen, die für den 18. Mai anberaumten Sitzungen des Konstitutionsrates und der Fraktion der Radikalen Partei auf den 24. und 25. Mai vertagt werden sollen, weil in der nächsten Woche die vizepräsidentliche (Generalräte) zusammenzutreten, so daß zahlreiche Abgeordnete verhindert sein dürften, am 18. Mai an den Beratungen in Paris teilzunehmen.

Für Leon Blum, der diese Vertagung absieht, berechnete am Mittwoch morgen im Populaire anknüpfte, stellt die Annahme des Symptom für den Wunsch der Radikalen eine bürgerliche Konzentrationsregierung zu bilden.

Regierung Dölsfuß in Oesterreich

Neuwahltermin verschoben

Wien, 11. Mai. (Eig. Draht.) Die von den Christlich-Sozialen gestrebte Bürgerblockregierung scheint endgültig gescheitert zu sein, obwohl es den Christlich-Sozialen in der Mittwochsitzung des Konstitutionsrates durch mancherlei Zugeständnisse gelungen ist, einen Unfall der neuen großdeutschen Abgeordneten zu vermeiden, durch das zwar die Auflösung des österreichischen Parlaments beschloßen, aber die Festlegung des Wahltermins in der Verfassung vorbehalten wird, so daß Neuwahlen in Oesterreich nicht vor dem Herbst stattfinden können. Die Regierung wird unter diesen Umständen ohne den Helm des Blocks, der nach wie vor auf sofortigen Neuwahlen besteht, aus dem Geschickslosen und dem Bandbunnd gebildet werden. Eine derartige Regierung verfügt im Nationalrat nur über eine Mehrheit von 2 Stimmen. Ihre Führung dürfte der am Dienstag vom Bundespräsidenten mit der Kabinettsbildung betraute Christlich-Soziale Dölsfuß übernehmen.

Ratstagung in Genf

Wichtige Entscheidungen über Danziger Eisenbahnfragen

Der Völkerbundsrat hat in wichtigen Eisenbahnfragen, die Polen und Danzig betreffen, Entscheidungen beschloßen, die in der Hauptsache für Danzig günstig lauten.

Polen bleibt formell Aufsichtsbefugnis im Sinne der Danziger Gesetze über die Eisenbahntransporte, was Danzig bestritten hatte. Dafür erhält Danzig in wesentlichen bedeutungsvolleren Fragen recht. Die gemeinsame Eisenbahndirektion Danzig und Pomerellen wird getrennt werden; Polen ist verpflichtet, für Pomerellen eine besondere Direktion zu errichten und Danzig die eigene Verwaltung zu überlassen. Endlich muß Polen den Danziger Direktor von allen Entscheidungen unterrichten und darf keine Verfügungen von dieser Person an polnische Linien mehr vornehmen, außer dem Danziger Hofens durch Polen befristete der Rat die auf dem Gebiet des Saager Gerichtshofes beruhende Entscheidung des polnischen Kommissars, die ausdrücklich die Verpflichtung Polens zur Ausübung ohne weitere Abkommen infolge der Entwidlung des Danziger Hafens feststellt. Falls nicht vergeblich diese Verpflichtung in ein Recht Polens zu brechen.

Die Frage betreffend das Einfuhrverbot Polens für Danziger Waren wurde vertagt und der Berichterstatter ermächtigt, zwischen ein Zwischenkomitee zu den Verhandlungen einzusetzen. Die einstimmige Entscheidung Gradinas bleibt bis zur nächsten Sitzung in Kraft.

Konstituierung der Hamburger Bürgerchaft

Gleiches mit Gleichem gegen die Nazi

Hamburg, 11. Mai. (Eig. Draht.) Die neue Hamburger Bürgerchaft wählte am Mittwoch abend in ihrer konstituierenden Sitzung den bisherigen Präsidenten der Bürgerchaft, den Sozialdemokraten Rudolf Böhme, mit 69 Stimmen der Sozialdemokraten, Sozialpartei und des Zentrums gegen 65 Stimmen der Nationalsozialisten und der übrigen Rechtsparteien wieder.

Der von den Nationalsozialisten als der stärksten Fraktion erhebene Anspruch auf den Präsidenten wurde von den Sozialdemokraten und der Staatspartei nicht anerkannt, da die Nationalsozialisten in der vorherigen Bürgerchaft den Anspruch der sozialdemokratischen Fraktion als der damals stärksten, ebenfalls nicht anerkannt hatten. Zum ersten Vizepräsidenten wurde dann der bisherige zweite Vizepräsident Landahl (Staatspartei) gewählt. Zweiter Vizepräsident wurde, nachdem auch von den übrigen Rechtsparteien in Anlehnung an die Taktik der Nationalsozialisten ein Vorschlag eingereicht worden war, der Zentrumsabgeordnete Borchers mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Staatspartei und der Zentrumsabgeordneten. Die beiden Zentrumsleute, die bisher bei der Volkspartei kooperierten, haben sich der Staatspartei als Hospitanten angeschlossen.

Das Plaidoyer im Sklarek-Prozess

GW Berlin, 11. Mai. Nach fast siebenmonatiger Verhandlungsdauer beginnen heute im Sklarekprozess unter großer Spannung des Publikums die Plaidoyers der Anklageverteiler.

Oberstaatsanwalt v. Steinhilber betonte, daß dieser Prozess ein Abrund von stillosen Auffassungen hineingeführt habe. Der Sklarek-Prozess habe den Geist des plattesten Materialismus erzeugt, der weiter nichts kenne, als Geld zählen, der unbedenklich über Leichen gehe, wenn ihm der Erfolg blüht. Meiner Ansicht nach ist der Prozess ein Beispiel, daß sämtliche Anklagepunkte, abgesehen von Kleinigkeiten, reiflos erwiesen sind. Die Sklarek hat bei ihren Verteidigern eine Menschenkenntnis entwickelt, vor der man Hochachtung haben könnte, wenn die Bemerkungen der Verteidiger so verwerflich wären. Ich glaube, daß Sklarek, habe der Oberstaatsanwalt fort, daß sich die Beamten dabei schamlos benommen haben. Eine Bemerkung, die große Begegnung im Saale auslöste. Der Staatsanwalt wies dann die Anklage der Sklarek gegen den ersten Beamten der Stadt und andere Verjährlichkeiten als unfundamentaler zurück. Die Staatsanwaltschaft sei zu der Überzeugung gekommen, daß alle drei Sklareks in gleicher Weise schuldig seien.

Abbé Haeggen gestorben

Solmar, 11. Mai. Abbé Haeggen ist heute nachmittags in einem Kloster, in dem er sich einer ärztlichen Behandlung unterzog, an Herzleide erlegen.

Freistaat Baden

Badens Finanzverwaltung vor dem Haushaltsausschuß

Einwahmeridgänge an Steuern, Domänen und Forsten — Zugleich Ueberschüsse aus der Staatsbeteiligung an wirtschaftlichen Unternehmungen — Die Erhaltung der Majolika-Manufaktur in Frage gestellt

Aus dem Haushaltsausschuß des Landtags wird uns berichtet: Als letzter Einzelplan kam am 11. ds. Ms. der Haushalt des Finanzministeriums zur Beratung. Die allgemeine Berichterstattung oblag dem Hba. Seubert (Ztr.). Dieser Einzelplan entbält 168 121 500 R.M. in Einnahmen und 77 194 300 R.M. in Ausgaben. Die Einnahmen überwiegen mit 68 927 200 R.M. im letzten Haushaltsperiode jährlich 38 Millionen weniger als Einnahme-Ueberschüsse zu verzeichnen sind. Tatsächlich sind die Brutto-Einnahmen um 64,7 Millionen Mark zurückgegangen; hierunter ist die Steuererhöhung mit 54,5 Millionen und die Forst- und Domänenvermehrung mit 9 Millionen Mark am Einnahme-Ausfall beteiligt. Bei den Ausgaben wurden 37,3 Millionen Mark einspariert, jedoch der Netto-Ausfall der Einnahmen rund 38 Millionen Mark beträgt. Es lag sodann ein Gesuch des Badischen Beamtenbundes vor,

die neu eingeführte Gehaltsauszahlung

anzubeden. Der Finanzminister wies darauf hin, daß das Land in der Lage sei, die laufenden Zahlungen zu leisten, daß aber die Tilgung der kurzfristigen Schulden zu den tiefsteinschneidenden Finanzmaßnahmen geführt hätten. Das Finanzministerium sei mit dem Reich in Verhandlungen eingetreten um Erleichterungen für die Beamten herauszubolen. Es kamen auch die Eingaben der Gemeinden zur Sprache, wobei die Vorwürfe der Gemeinden, als ob sie der Staat auf ihre Kosten lainiere, auf das Entschiedenste zurückgewiesen wurden. Insbesondere forderte ein sozialdemokratischer Sprecher, daß das Finanzministerium mit aller Entschiedenheit gegen solche Presseäußerungen Stellung nehme und in der Gegenüberung die volle Wahrheit zum Ausdruck bringe. Aus den Ausführungen des Finanzministers konnte entnommen werden, daß 900 Gemeinden, welche um Nachschuß der Schulbeiträge infolge ihrer schlechtesten Finanzlage nachgesucht haben, eine Steigerung ihres Premlaufwands von 1,6 Millionen im Jahre 1913 auf 4,5 Millionen im Jahre 1931 aufzuweisen haben. Gegen den Vorwurf, als ob die Katastrophe der Schlichtungsausschüsse an einer solchen Steigerung des Personalaufwands allein schuld sei, wandte er sich mit dem Hinweis, daß die Gemeinden auch sehr viele neue Beamtenstellen beschaffen hätten.

Vergabung von Bauarbeiten, Reparaturen usw.

an staatlichen Gebäuden wurden einer Kritik unterzogen. Hier wurde von einem sozialdemokratischen Redner gefordert, daß mehr auf gute, solide Arbeit, statt auf billigere und unzureichende werden solle.

Am Interesse der Erhaltung des Forstamts Beifall wurde die Regierung erlucht, nochmals eingehend zu prüfen, ob dies finanziell möglich ist.

Die Badische Presse hatte in ihrer Mittwoch-Morgenausgabe berichtet, daß ein Zentrumsantrag die Veranlassung gemeldet sei, für den Neubaubehuf und für den Wohnungsbau die Ausgaben zu erhöhen. Unter Zustimmung des Ausschusses stellte ein sozialdemokratischer Redner fest, daß ein Koalitionsantrag hierzu Veranlassung gegeben hat und ein solcher angenommen worden ist. Er erlucht die Zeitungsberichterstattung mit den Mitteilungen in der Presse objektiver zu sein.

Staatlichen Majolika-Manufaktur in Karlsruhe

hatte eine Denkschrift über deren Weiterbetrieb eingereicht; infolge der Wirtschaftslage hat sich der Absatz der Produkte aus diesem Betrieb so verschlechtert, daß nach Auslagen der Regierungsvertreter trotz aller Betriebsreform und Rationalisierungsversuche auf lange Zeit hinaus Staatszuschüsse erforderlich werden. Es ist daher die Stilllegung zu befürchten.

Der Finanzminister erkannte an, daß dieser Betrieb in technischer und künstlerischer Beziehung sich sehr emporgearbeitet habe und es ihm schwer falle, aus wirtschaftlichen Gründen die Auflösung des Betriebes durchzuführen zu müssen. Ein Nationalsozialist setzte sich für den Verkauf des Betriebes ein, auch ein Demokrat meinte, man solle ihn abstoßen und evtl. verpachten.

Dagegen sprachen sich zwei Redner der Sozialdemokratie und auch des Zentrums für weitere Sparmaßnahmen und für die Weiterführung des Betriebes, auch in beschränktem Umfang, aus. Das Gesuch wurde der Regierung mit 11 gegen 5 Stimmen zur Kenntnisnahme überwiesen.

Beifällig wurde die Mitteilung des Berichterstatters aufgenommen, daß das Bier der Staatsbrauerei Kothaus als das beste Badens von Bierkennern anerkannt werde. Erfreulich ist, daß die wenigen Mehrnahmen des Haushalts aus der Beteiligung Badens an wirtschaftlichen Unternehmungen herrühren; diese stiegen nämlich um 301 750 R.M. auf 2 618 700 R.M.

Bahnaufräge

an die Waggonfabrik in Rastatt ein; ein anderer Sozialdemokrat zu Gunsten der Beibehaltung der Auftragsbelieferung und der Arbeiterbeschäftigung der Eisenbahnwerkstätte Schmelingen. Der Regierungsvertreter erklärte, daß ihm nicht bekannt sei, daß die Werkstättebelieferungen weiter vermindert werden sollen und die Regierung sehr stark dahinter der sei. Aufträge von der Reichsbahn nach Baden zu erhalten. Der Ausschuß wies die Auffassung eines Sozialdemokraten bei, daß die Realisierung mit allem Nachdruck sich in dieser Richtung angeht der großen Arbeitslosigkeit in Baden fernerhin einsehen wolle.

Steuerverwaltung

hatte Hba. Gaaser (Ztr.) zu erfragen. Es ist bezeichnend, daß angeht der schweren Wirtschaftskrise überall Mindereinnahmen an Steuern zu verzeichnen sind. Das Reich überweist aus der Einkommen-, Körperschafts- sowie Umsatzsteuer weniger 34 466 000 R.M.; es geben nur noch 59 873 000 R.M. aus diesen Reichsüberweisungen ein; hieraus entfließt auch für die Gemeinden ein Einnahmeausfall von 12 072 000 R.M.

Auch der Ausfall an badischen Steuern ist sehr groß, er beträgt 14 897 000 R.M. Die Steuerverwaltung liefert an den gesamten Staatshaushalt 100 833 00 R.M. als Mehreinnahme ab.

Für die Majolika-Manufaktur

Die Wirtschaftskrise hat zuerst und am härtesten die kulturellen Betriebe und Einrichtungen getroffen. Daraus wissen die Schulen, die Universitäten, die Krankenhäuser und alle Kunststätten ein Lied zu singen. Langsam und kräftig werden sie zurückgeschlitten und dem kulturellen Verlust, den die ganze Öffentlichkeit zu tra-

gen hat, steht der wirtschaftliche Ruin gegenüber, dem unzählige wertvolle und produktive Arbeitskräfte zum Opfer fallen. Auch die Staatliche Majolika-Manufaktur fürchtet um ihren Bestand. Sie hat in den letzten Jahren, wie ihre Ausstellungen beweisen, eine bedeutende künstlerische Weiterentwicklung genommen. Ihre Erzeugnisse haben ob ihres Niveaus in Deutschland wie im Ausland einen guten Klang. Das Brennen der Erden und Glasuren, die Behandlung des Scherbens, verlangt Reserte, deren Zusammenstellung langjähriges mühsames Experimentieren erfordert und deren Angaben als Schatz in den Kassenbüchern der betreffenden Manufakturen bewahrt werden. Mit den Rezepten allein ist es aber nicht getan. Zu ihrer Ausführung gehört ein erfahrener und technisch ausgebildeter Arbeiterstand. Die Auflösung der Karlsruher Manufaktur, die gleichzeitig den Abbau des noch vorhandenen Facharbeiterstammes nach sich zöge, bedeutete einen nur mit unabweisbaren Kosten zu reparierenden Schaden. Um diesem Uebel zu steuern, muß versucht werden, die Anstalt mit möglichst geringem Aufschußbedarf aufrecht zu erhalten. Diese Möglichkeit ist gegeben. Die Manufaktur wurde schon 1928 — in der Hauptsache auf Kosten der Arbeiterschaft — stark rationalisiert. Bei dem zweilagigen Betrieb (Kunst und Handwerk) lebt ein Teil von andern. Die Entwürfe zu den wertvollsten Gebrauchsgegenständen werden von den Künstlern befruchtet, die im Werk arbeiten und die Gewinne, die durch den Absatz erzielt werden, helfen die beträchtlichen Kosten, die der künstlerische Betrieb erfordert, decken.

Rum sollen, wie verlautet, neue Sparmaßnahmen getroffen werden. Man will von der Herstellung von Gebrauchsgegenständen absehen und nur noch den künstlerischen Betrieb aufrecht erhalten. Dies kann aber nur geschehen, wenn der Staat sich zu einer Finanzierung des Unternehmens entschließt. Die Leitung glaubt eine Art Kunstschule für Keramik, wie sie in anderen Staaten schon errichtet ist, auch hier einrichten zu können. Gewiß; der Kunst muß geholfen werden. Aber wir sehen nicht, wie hierdurch dem Institut finanziell geholfen werden kann. Der Betrieb müßte alsdann nur noch stärkere Anforderungen an den Staat stellen, da jede Staatschule in erster Linie eine staatliche Belastung mit sich bringt. Es wird deshalb bei nüchternen Erwägung der Majolika nicht möglich sein, den von ihrer Leitung angegebenen Weg zu beschreiten. Sie wird den alten Modus der Herstellung von Gebrauchskeramik in verstärktem Maße fördern müssen, weil er in den letzten Jahren geehrt hat, daß durch ihn der Betrieb sich fast selbst erhalten kann. Dadurch würde dem Arbeiter wie dem Künstler geholfen. Die Belegschaft der Manufaktur, die bei Auflösung dem Staat oder der Gemeinde zur Last fiel, bliebe weiter beschäftigt und den Künstlern wäre gleichzeitig Arbeits- und Entwicklungsmöglichkeiten gesichert.

Im Haushaltsausschuß des Badischen Landtags hat die sozialdemokratische Fraktion sich mit Energie für die Fortführung des Betriebes eingesetzt.

OBERST

bringt

Soldaten-Bilder

Der Vorkriegs-Armee

zum Zeichen, dass diese Zigarette im Preis und Qualität den Vorkriegsstand wieder erreicht hat.

OBERST, die altbekannte Zigarette der WALDORF-ASTORIA, hat ihren Preis von 5 auf 3 1/3 Pfennig gesenkt, ohne die Qualität zu verringern. Sie bietet damit dem Raucher zum ersten Mal wieder

FRIEDENS-QUALITÄT
ZU FRIEDENS-PREIS

3 1/3

mit und ohne Mundstück



WALDORF-ASTORIA G.M.B.H.
MÜNCHEN

Die Ausgabe beginnt mit 50 Uniformbildern. Jeden Monat erscheinen neue Serien. Die 6-Stück-Packung enthält 1 Bild, die 12-Stück-Packung 2 Bilder.

Gewerkschaftliches

Moskauer Stoßbrigaden in Deutschland

Bochum, 11. Mai. (Eig. Ber.) Die harten Verluste der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Einheitsverbände bei den letzten Betriebsratswahlen und der außerordentlich hohen Mitgliederzahl haben die rote Gewerkschaftsinternationale in Moskau veranlaßt, sogenannte Stoßbrigaden in Deutschland anzusetzen. Sie sollen die von der kommunistischen Gewerkschaftsbewegung gemachten taktischen Fehler untersuchen und ihren Folgen zu begegnen. Im Ruhrgebiet ist eine derartige mit außerordentlichen Vollmachten verlebene Stoßbrigade unter der Führung eines Russen namens Semeratom, der sich auch früher zeitweise unter Decknamen hier aufhalten hat, seit Wochen tätig. Die Stellung der Funktionäre Westow und Kunte, der Führer der RGD, gilt seitdem als stark erschüttert. Ob sich die Pläne von neuen Missionen in den ausenblicklichen Tarifkämpfen des Ruhrbergbaus bei der schwebenden Aussenlage der RPD, und der geringen Zahl von Betriebsmitgliefern durchzuführen lassen, bleibt abzuwarten.

Tagung des Landesverbandes badischer Kaminfegegehilfen

Am 8. Mai d. J. fand im Volkshaus in Karlsruhe die 32. Tagung des Landesverbandes bad. Kaminfegegehilfen statt. Der Vorsitzende des Gehilfenverbandes, Oskar Müller, Ludwigsburg, konnte neben überaus zahlreich erschienenen Mitgliedern den Vertreter des Ministeriums des Innern, sowie des bad. Landesgewerkschaftsverbandes, Herrn Vortragsminister Volkmann begrüßen. Als Vertreter des A.D.G.B. Karlsruhe war Herr Kollege Erb im Auftrage des Reichsverbandes Herr Vogt-Berlin zugegen. Die Tagung, welche den Charakter einer Protestkundgebung trug, wendete sich gegen die in letzter Zeit in verschiedenen Tagesblättern veröffentlichten Auslassungen des sich fälschlicherweise als Kaminfegemeister bezeichnenden Kaminfegegehilfen Krauß von Freiburg über angebliche Mißstände im Kaminfegegewerbe. Die von ihm und der kommunistischen Landtagsfraktion beantragten Vorschläge auf Abänderung der Kaminfegeordnung wurden einer Kritik unterzogen. In einem längeren Referat des Verbandsvorsitzenden wurden an Hand von Unterlagen aus der Berufspraxis die völlig undurchführbaren Vorschläge, die die den Voraussetzungen der Feuerlöscher entgegenstehen und eine Vereinerung des Kaminfegegewerbes als Faktor des vorübergehenden Feuergefährdungen der Volkswirtschaft und sollte der bad. Kaminfegegehilfenorganisation volle Anerkennung. Der Vertreter des A.D.G.B. wies auf die Kulturarbeit der Gewerkschaften im Sinne der Mitwirkung bei der Heranbildung eines autarken Arbeiters und Handwerkerstandes hin und wandte sich in überzeugenden Darlegungen gegen die oft fälschliche Vorgehensweise, wie sie bisweilen in der Öffentlichkeit besteht. In einem weiteren Vortrage schilderte der Vorsitzende der Ortsgruppe Karlsruhe des Gehilfenverbandes, Oskar Müller, den Stuttgarter Schloßbrand und die feuerungstechnischen Fragen über die entl. Ursachen des Brandes. Es war interessant zu hören, daß vor und während des Schloßbrandes der als Brandherd bezeichnete defekte Kamin von dem für das Schloß zuständigen Kaminfegegehilfen bestiegen und mit einer elektrischen Lampe untersucht wurde. Die Lohn- und Gebührensfrage wurde behandelt, die Auswirkungen des Gebührensabbaues auf die Löhne für katastrophal bezeichnet. Der Ueberfüllung des Berufes sei durch Drohung der Verbrüderung zu begegnen. Die schlechten Verordnungsmaßnahmen der alten Besitzhaber, welche hinsichtlich der Feuerlöscher ihre Aufgaben vielfach nicht mehr bewachsen seien, sowie durch Neuanschaffung von Mehrbeständen zu erledigen. Als Anerkennung für die langjährige Führung des Gehilfenverbandes ehrte die Versammlung den infolge seiner Anstellung ausbleibenden Vorsitzenden Müller durch Uebertragung einer von bad. Landesgewerkschaft ausgeübten künstlerischen Ehrenurkunde.

Albert Thomas letzte Fahrt

Paris, 11. Mai. (Eig. Draht.) Albert Thomas wurde am Mittwoch nachmittag in dem Pariser Vorort Champan, dessen langjähriger Bürgermeister und Abgeordneter er war, feierlich zu Grabe getragen.

Trotz des regenreichen Wetters hatten sich viele Partei- und Gewerkschaftsfreunde, sowie zahlreiche offizielle Persönlichkeiten zu der Feier eingefunden. 42 Regierungen hatten Delegationen entsandt. Die französische Regierung war durch Arbeitsminister Canal und Unterrichtsminister Roustan, der Völkerverbund durch Sir Eric Drummond und Vizepräsident Ramos vertreten. Alle leitenden Beamten des internationalen Arbeitsamts waren gleichfalls anwesend. Die französische sozialistische Parlamentsfraktion war vollständig erschienen, ebenso der Vorstand der radikalen Fraktion mit Serriot an der Spitze. Aus Deutschland waren gekommen Theodor Leipart für den A.D.G.B., Viktor Schiff für die SPD und Ministerialrat Donau, der Leiter der Berliner Zweigstelle des Internationalen Arbeitsamts. Unter den zahllosen Kranzspenden bemerkte man den des A.D.G.B. mit der Inschrift „Er war unser Freund“, den der SPD mit den Worten „Dem Verteidiger der Arbeiterklasse und des Friedens“, der Reichsregierung usw.

Im Namen der deutschen Sozialdemokratie sprach Viktor Schiff dem Toten den Dank beizulegen für seine Bemühungen für die deutsch-französische Verständigung, als auch für seine Verteidigung seiner sozialen Einrichtungen aus, die in diesen Zeiten der Wirtschaftskrise die letzte Rettung und Hoffnung von Millionen unglücklicher Opfer seien.

Motor-Sport. In Grau hing der Himmel über Bad-Vormont, als ich die Teilnehmer der A.D.G.B.-Reichsfahrt der Abnahme helfen mußten. Trotz des schlechten Wetters auf allen Geschickern Freude und Spannung, ausgeprägter Optimismus trotz der schlechten Zeiten. Während die letzten Proben für die große Reise fertig gemacht werden, starrt es sich auf und ein launisches Konzert einer Militär-Band gibt allen eine zuversichtliche Stimmung für das Kommando. Der A.D.G.B. hat den Teilnehmern Betriebsstift und Gel. losenlos zur Verfügung gestellt. (Freutlich ist in diesem Zusammenhang, daß über 90 Prozent der Fahrer A.T.A., das Ergebnis des Deutschen Bergbaues, bevorzugt haben. Wenn die A.T.A.-Reichsfahrt unter denselben guten Vorzeichen verläuft, wie die Fahrt begann, dann bleibt das Wort mehr als zuvor zurecht: „Der Motor-Sport lebt“.)

Werden die Bauarbeiter verhöhnt?

„Sonderlichter“ oder „Lohnabbaukommissar“

Dr. Rimmich in seiner Tätigkeit als „Sonderlichter“ für das Baugewerbe in Südwestdeutschland

Während der Tagung des außerordentlichen Gewerkschafts-Kongresses in Berlin, wobei die Frage der Arbeitsbeschaffung und der Abbau von Gehalt und Lohn eine große Rolle spielten, hat der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald unter anderem ausdrücklich betont, daß mit dem allgemeinen Lohnabbau nun wirklich und definitiv Schluss sein müsse, daß es sich jedoch in nächster Zeit um Lohnausgleich handle, die geschaffen werden müssen.

Es besteht, wenn man die Ansichten verschiedener Herren im Reichsarbeitsministerium kennt, kein Zweifel darüber, daß Herr Dr. Stegerwald mit seiner Meinung Lohnausgleich betreffend, nur das Baugewerbe im Auge hatte. Das beweist einwandfrei folgende Tatsache: Im Anschluß an den Kongreß hat der Reichsarbeitsminister die Herren Schlichter zur Information nach Berlin gerufen. Als Ergebnis wurde bekannt, daß für ganz Deutschland drei Sonderlichter ernannt wurden, die die Aufgabe hatten, Lohnstreitfragen insoweit im Baugewerbe zu schlichten. Einer dieser ernannten Sonderlichter ist Herr Dr. Rimmich, der seinen Sitz in Karlsruhe hat. Dieser Herr ist tätig geworden und seine Tätigkeit hat gezeigt, daß der Titel „Sonderlichter“ fälschlich angewandt war. „Lohnabbaukommissar“ hätte man in Berlin bei der Ernennung unbedingt sagen müssen. Warum? Am Mittwoch, den 27. April d. J., fanden in Stuttgart auf Veranlassung des „Sonderlichters“ Herrn Dr. Rimmich und unter seiner Führung für die Vertragsgebiete für das Baugewerbe in Bayern, Württemberg, Baden und Pfalz Parteiverhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern statt. Diese Verhandlungen scheiterten und mußten auch scheitern, weil die Forderungen der Arbeitgeber, den Lohn um rund 40 Prozent abzubauen, derzeit unerschämmt waren, daß es ein Verbrechen der Arbeitgebervertreter an der Arbeiterklasse gewesen wäre, wenn sie auf dieser Grundlage überhaupt verhandelt hätten. Die Herren Arbeitgeber haben also mit dieser unerhörten Forderung in der Annahme, daß diese von den Arbeitervertretern abgelehnt wird, den Beweis erbracht, daß sie ihre ganze Hoffnung, die Erfüllung ihrer Abbauforderungen betreffend, auf den „Sonderlichter“ Dr. Rimmich setzten. Sie haben sich wirklich nicht getäuscht.

Trotzdem die Arbeitnehmervertreter mit Rücksicht auf die Notlage und mit Rücksicht auf die veränderten Lebenshaltungskosten sehr entgegengekommen sind, hat es der „Sonderlichter“ Herr Dr.

Rimmich in keiner der für die oben genannten Tarifgebiete abgeleiteten Schlichterkammer über sein arbeitgeberfreundliches Verhalten geäußert, mit den Arbeitnehmern einen Versuch zu machen. Im Gegenteil! Alle Begründungen der Arbeitgeber waren für den Herr „Sonderlichter“ ein Councilium, während die Ausführungen der Arbeitnehmervertreter und der Hinweis, daß die Notlage der Bauarbeiter und ihrer Familien geradezu unbalbar geworden ist, für ihn Luft war. Nicht in einem einzigen Fall hat der Herr „Sonderlichter“ den von Arbeitnehmerseite vorgetragenen Tatsachen Rechnung getragen. Und so kam es, daß dieser Herr „Sonderlichter“ Dr. Rimmich, der vom Reichsarbeitsminister insoweit als Schlichter beauftragt war, mit den Stimmen der Arbeitgeber der Schlichterkammer einen Spruch zustande brachte, der den Bauarbeitern einen Lohnabbau von 20 Prozent diktierte.

Was dieser unerhörte Lohnabbau für die Bauarbeiter und ihre Familien bedeutet, können allerdings Menschen, die in hohem Grade feilen, nicht empfinden. Die Bauarbeiter aber, die schon bis zwei Jahre und darüber hinaus arbeitslos sind und in ihrem Bestand an Kleidung, Schuhe und Wäsche für sich und die Familien vor dem Nichts stehen, empfinden diesen Lohnabbau, wenn sie überhaupt wieder einmal in Arbeit kommen, außerordentlich schwer, weil dann dieser Lohn kaum ausreicht, die Lebenshaltung für sich und ihre Familie zu bestreiten. Die Neubeschaffung von Kleidung, Schuhe und Wäsche ist dabei vollkommen ausgeschlossen.

Es ist unglücklich, daß ein „Sonderlichter“ wie Dr. Rimmich, der doch die traurige Lage der Bauarbeiter im Freistaat Baden kennen mußte, annehmen kann, daß er mit dem Vorschlag mit den Herren Arbeitgebern seine Tätigkeit und Pflicht als „Sonderlichter“ mit einem Lohnabbau von 20 Prozent wirklich im Sinne des „Schlichtens“ erfüllt hat.

Es ist oben schon auf die Ausführungen und Verprechungen des Reichsarbeitsministers, daß mit dem Lohnabbau Schluss sein müßte, hingewiesen worden. Muß es nicht als eine Verhöhnung und Mißachtung der traurigen Lage der Bauarbeiter empfunden werden, wenn ein Sonderlichter trotz Verprechen des Reichsarbeitsministers sich herbei löst und mit den Arbeitgebern einen Spruch mit 20 Prozent Lohnabbau fällt?

Bei den weiteren Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium wegen diesen Schiedssprüchen muß es sich zeigen, ob Herr Dr. Stegerwald zu seinen Verprechungen steht, oder ob er den neuernannten „Sonderlichtern“ die Richtlinien mit auf den Weg gegeben hat, die Löhne der Bauarbeiter rückständig abzubauen.

Als etwas anderes kann die Handlungsweise des Herrn Dr. Rimmich als „Sonderlichter“ nicht aufgefaßt werden.

Aus aller Welt

„Berengaria“ auf Grund gelaufen und wieder flott

London, 11. Mai. Der Cunard-Dampfer „Berengaria“, der drittgrößte Dampfer der Welt, lief heute bei Calshot auf Grund. 6 Schlepddampfer aus Southampton gelang es nach etwa einer Stunde, den riesigen Dampfer aus seiner Lage zu befreien. Das Schiff ist unbeschädigt.

Acht peruanische Flottenminer ertrinken

Lima, 11. Mai. Heute wurden hier acht Peruaner, die am Sonntag an der Westküste auf zwei peruanischen Kreuzern teilgenommen hatten, feierlich bestattet.

Deutscher Frachtdampfer bei Porto aufgelaufen

Lissabon, 11. Mai. Der deutsche Frachtdampfer „Gauk“ ist von Antwerpen kommend, in der Nähe von Porto auf eine Sandbank aufgelaufen. Man glaubt, daß der Dampfer verloren ist. Schlepper versuchen, die 30köpfige Mannschafft zu retten.

Waders Unbekannter?

In Toulouse wurde eine fünfköpfige Hochstaplerbande verhaftet. Ihr Führer, ein im Jahre 1903 in Mitau geborener angeblicher „Graf Alexander von Lüdinghausen“, wird beschuldigt, ein gefälschtes Bild des Malers Greco in den Handel gebracht zu haben. Gegen Lüdinghausen, der auch unter dem Namen eines Ruffen Gallis in aufzutreten ist, sind auch im Zusammenhang mit anderen bilderräuberischen Verbrechen ausgesprochen worden. Vor allem rechnet man mit der Möglichkeit, daß der Verhaftete der geheimnisvolle von Gogh-Vierakter des vom Berliner Gericht zu Gefängnis verurteilten Kunsthändlers Wader sein könne. Ebenfalls ist augenblicklich die Berliner Kriminalpolizei bemüht, diese Kombination nachzuprüfen. Waders Richter hat seinerseits die Existenz des unbekannten Vorbesitzer verneint, den der Anwalt auf Grund einer „ehrenwörtlichen Verpflichtung“ nicht nennen wollte.

Franklin-Medaille

Der Professor Prof. Dr. Lenard ist vom Franklininstitut in Philadelphia mit der Franklin-Medaille ausgezeichnet worden.

Gorgulows Testament.

Der Mörder des französischen Staatspräsidenten Doumer, der Russe Gorgulow, hat sein vom Vorabend des Todestages datiertes Testament an den Berliner „Verlag Universitas“ geschickt. Die Universitas W. versichert, daß sie bisher keinerlei Beziehungen zu Gorgulow unterhalten hat. In dem in russischer Sprache abgefaßten Testament heißt es: „Ich, der unterzeichnete Doktor der Medizin, Dichter und belletristischer Schriftsteller Paul Gorgulow, mit dem schriftstellerischen Pseudonym Paul Brede hinterlasse mein belletristisches Werk, den „Roman eines Rajaten“ in 636 Seiten Manuskript in russischer Sprache dem deutschen Verlag Universitas W. Berlin“. Der Verlag ist verpflichtet, die Hälfte meines Autorenhonors meiner rechtmäßigen Frau... bis zu ihrem Tode auszusahlen... 3. Mai 1932, Monaco, Dr. Paul Gorgulow“.

Nazi-Buttler ausgerissen

Darmstadt, 11. Mai. (Eig. Draht.) Der frühere nationalsozialistische Abgeordnete des hessischen Landtags, Buttler, der kürzlich wegen seiner Selbstverwundlung sein Mandat niederlegen mußte, ist über Nacht aus seinem Wohnort Eberstadt verschunden. Er hat unter Zurücklassung seiner Familie den Schauplatz seiner letzten Tatkraft nach seinem Geburtsort Sammelburg in Franken verlegt.

Schwerer Autounfall des türkischen Botschafters

WTB. Weimar, 11. Mai. Ein Kraftwagen, in dem sich der türkische Botschafter Kemalatin Semi Pascha und ein in Berlin wohnender Generalkonsul Dr. Meising mit Frau und Tochter befanden, überfiel sich heute nachmittag in einer Kurve bei Wegefeld und stürzte in den Strabengraben. Der Botschafter und Frau Meising wurden lebensgefährlich verletzt. Sie wurden in beinaheunverletzten Zustände in das Sophienhaus in Weimar gebracht, wohin auch die beiden anderen Autounfälle überführt werden mußten. Der Baukünstler erlitt nur leichte Hautabschürfungen. Der Botschafter soll einen schweren Schädelbruch erlitten haben.

Weimar, 12. Mai. Das Festband des schwerverletzten türkischen Botschafters und der Frau Generalkonsul Dr. Meising aus Weimar hat sich bis Mitternacht nicht geändert. Nach dem Urteil eines Weimarer Arztes ist es nicht durchaus hoffnungslos. Man erwartet noch das Eintreffen des Berliner Chirurgen Prof. Sauerbruch.

Färbereiarbeiter gewissenlos vergiftet

Aus einer Nazizelle

Eisenach, 11. Mai. (SP.) In der hiesigen Kammmannspinnerei ereignete sich ein Unfall, der unter der Belegschaft große Erregung hervorrief. Der Färbereiarbeiter Julius Fiel, nachdem er während einer Arbeitspause einen Schluck Rot getrunken hatte, wie to i um. Die Untersuchung des Todes ergab eine Beimischung von Chromsalz, das in der Färberei der Spinnerer verwendet wird.

Es ist anzunehmen, daß gewissenlose Menschen die Beimischung vorgenommen haben. Julius ist allen Kollegen als ruhiger, lachlicher und gewissenhafter Arbeiter bekannt. Die Färbereibteilung aber ist eine ausgeproben Nazizelle. Den Nazis gelang es nicht, ihn für sich einzufangen. An seiner Ruhe und Lebenserfahrung scheiterten alle heberischen Argumente. Zum Glück ist Julius nicht, wie zuerst angenommen wurde, tot, sondern schwer erkrankt.

Hakenkreuzfahne über falschmünzer

Die Währungsfrage „gelöst“

Frankfurt a. M., 10. Mai. (SP.) Eine originelle Lösung des Währungsproblems durch Fabrikation von falschem Geld verjachten zwei Nazis in Schwarzengrün bei Schlichtern. Bei einer Hausdurchsuchung fand man falsche Fünfzigpfennigstücke und Teile der Herstellungsmaschinen.

Die beiden Falschmünzer haben verschiedentlich ihr Falschgeld in Umlauf gesetzt. Jetzt sind sie verhaftet. Sie haben wiederholt sozialdemokratische Versammlungen gefälscht. Vor den Preußenwahlen hatte der eine Nazi-Falschmünzer eine große Hakenkreuzfahne auf dem Dach seiner Wohnung angebracht und des nachts beleuchtet. Fürmal eine gute Zusammenstellung: Hakenkreuzfahne am Dach und Falschmünzen im Keller!

Pfingstpreise für Anzüge 22.- 36.- 48.- 54.- 65.- 76.- 85.- Mäntel 18.- 29.- 38.- 44.- 52.- 64.- 76.- Stern & Co am Marktplatz

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

12. Mai.

1798 Frankreich: Staatsstreich des Direktor gegen die Demokraten. — 1907 Schriftsteller Norris Karl Haysmans. — 1919 Protest der Nationalversammlung gegen Gewaltfrieden. — 1926 Reichstagsabgeordneter Luther gestürzt (Hagenverordnung). — 1930 Doll. Sos. v. 3. Trotskist.

Selbstmord eines Liebespaares

Gestern morgen kurz nach halb 11 Uhr erschoss sich auf einer Bank im Botanischen Garten ein bisher unbekanntes Paar ein Liebespaar. Wie wir erfahren, soll es sich um den 33-jährigen Ingenieur Franz Grundl aus Worms, wohnhaft in Offenbach a. M., und um eine etwa 20-jährige Schneiderin Anna Ede aus Karlsruhe handeln. Das Mädchen war sofort tot, während der Mann noch Lebenszeichen von sich gab. Er wurde ins Krankenhaus verbracht und starb ebenfalls.

Über die Mordtat werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Die beiden waren kurz nach 11 Uhr im Botanischen Garten an der Rückwand des Botanischen Gartens kurz hintereinander zwei Schüsse gefallen. Die sofort eingeleiteten Feststellungen führten zur Auffindung der beiden Personen. Die Verheiratete Ede und ein Arzt konnten bei Grundl noch schwache Lebenszeichen feststellen, während das Mädchen bereits tot war.

Selbstmordversuch

Am Mittwoch nachmittags sprang eine ledige 19 Jahre alte Hausangestellte nun hier im Botanischen Garten in selbstmörderischer Absicht in die zur Zeit hochgehende Alb. Ein des Weases kommender Handwerker sog die Lebensmüde noch rechtzeitig aus dem Wasser. Die Polizei verständigte die Eltern, die ihre Tochter von der Polizeiwache abholten. Das Motiv der Tat ist Stellenlosigkeit.

21. Deutscher Feuerwehrtag in Karlsruhe

Für den 21. Deutschen Feuerwehrtag in Karlsruhe vom 5. bis 8. August hat der Festauschuss unter mehreren künstlerischen Entwürfen ein Reklamemotiv ausgewählt, das die Silhouette der Stadt Karlsruhe mit den 3 charakteristischen Türmen darstellt. Über sie breitet sich das Brustbild eines Feuerwehrmannes, womit gleichzeitig die Idee des treuen Schutzes durch die Feuerwehr im stillereren Form veranschauligt ist. Man wird dieses Sinnbild überall in Deutschland als Wahrzeichen des 21. Deutschen Feuerwehrtages in Karlsruhe antreffen.

Die Vorbereitungen für die Tagung sind schon soweit gediehen, daß die Herstellung der in einer großen Auflage erscheinenden Tagungschrift, welche die Zeiterteilung, den Katalog für die mit dem Feuerwehrtag verbundene Ausstellung und mehrere aktuelle Beiträge über das Feuerwehrtage und Rettungswesen sowie über den Tagungsort selbst enthalten wird, in Auftrag gegeben werden konnte.

In dem Festzug am Sonntag, den 7. August, an welchem sich Feuerwehreinheiten aus dem ganzen Verbandsgebiet des Feuerwehrtages beteiligen werden, sind u. a. auch Gruppen mit historischen Feuerwehrrüstungen geplant, so daß der Zug nicht nur ein Reklamemotiv zum Geiste der Hilfsbereitschaft abgeben, sondern auch ein historisches Gedächtnis erhalten wird. In diesen Tagen werden auch die Einladungen mit den einzelnen Frauentagen und Bestellungen an alle Weibchen — größtenteils durch Vermittlung der Landes- und Provinzialverbände — verandt.

Vorkehrungen für den Pfingstverkehr

Zur Bewältigung des Pfingstverkehrs hat die Reichsbahn aus diesem Jahr wieder besondere Vorkehrungen getroffen. So sind im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe für die Zeit vom 13. bis 23. Mai gegen 200 Sonderzüge vorgesehen, die im Bedarfsfälle in der Hauptstunde als Vorzüge zu Fahrplanklassifizierung führen werden. Von diesen Zügen entfallen allein auf die beiden Pfingstfesttage circa 140 Sonderzüge zur Bewältigung des Ausflugsverkehrs. Weitere Sonderzüge können in dringenden Fällen von den Bahnhöfen am Eise der Reichsbahnbetriebsämter nach Einzelantrag werden, nicht erforderliche Sonderzüge fallen aus. Die Sonderzüge werden wie bisher üblich als „Vor- und Nachzüge“ bezeichnet. Entsprechende Maßnahmen wurden auch zur raschen Abfertigung der Güter an den Bahnhöfen und zur raschen Behebung der Reisenden an den Bahnhöfen getroffen, damit Zugsperrungen nach Möglichkeit vermieden werden. Das Personal in den Zügen und auf den Bahnhöfen wird dem Bedürfnis entsprechend verstärkt.

Im Hinblick auf die erheblich verbilligten Reisemöglichkeiten (Festtariffahrkarten mit 33 1/2 Prozent Ermäßigung) hofft die Reichsbahn auf einen besonders starken Pfingstverkehr.

Billiges Hühnerfutter

Wie aus den mehrfachen amtlichen Presse-notizen hervorgeht, gibt die Reichsanstalt, Berlin, nach Anordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft folgende Weizen zur Hühnerfütterung ab, und zwar je Tier bis zu 25 Kilogramm. Die Mindestmenge aber, die angegeben wird, sind 100 Kilogramm. Hühnerbesitzer, die also nicht mindestens 40 Hühner haben, müssen sich mit anderen Hühnerbesitzern zum gemeinsamen Bezug zusammenschließen, um auf die Mindestbesatzmenge Anspruch zu erlangen.

Die Ausschreibungsbestimmungen sind in diesen Tagen an die Gemeinden gelangt. Danach vollzieht sich die Abgabe des Weizens im freien Verkehr durch den Handel, durch Verbände der Gemeindeführer, Kleingartenbesitzer usw., und zwar auf Grund von Bezugscheinen, welche die Gemeindebehörden ausstellen haben. Für die Karlsruher Hühnerhalter werden die Bezugscheine ausschließlich vom städt. Statist. Amt, Fähringstraße 98, 4. Stock, für die Ausschreibung ist maßgebend der bei der Versteigerung am 1. Des. 1931 angemeldete Hühnerbestand. Der Preis für den Weizen richtet sich nach der Preisbildung im freien Markt.

S.P.D. und politische Lage

Die Sozialdemokratische Partei lud auf gestern abend zu einer Parteiverammlung in den „Gefanien“ in, der ersten nach der Reichspräsidentenwahl. Der Vorsitzende für Baden, Genosse Landtagsabg. Reinhold Mannheim sprach in derselben über „Der Ausgang der letzten Wahlen und die Situation im In- und Ausland“. Sein Vortrag fand großes Interesse und löste eine längere Aussprache aus.

Gen. Reinhold kam eingangs seiner Ausführungen auf die Nazi-Bewegung zu sprechen, die eine Massenbewegung sei, die spontan entstanden und keine festen Wurzeln zu versetzen habe. Die Nazi-Bewegung darf nicht als eine Bewegung angesehen werden wie etwa die sozialdemokratische, die in der gesellschaftlichen und demokratischen Entwicklung ihr Fundament hat, sondern die nationalsozialistische Bewegung ist die Partei, in der sich die nationalsozialistischen zusammengefunden haben, die sich früher nie um Politik kümmerten und die Zusammenhänge in der Außenpolitik nicht einmal kennen, noch viel weniger diejenigen in der Außenpolitik. Die Nationalsozialisten sind nichts anderes als eine revolutionäre Bewegung der Arbeiter und Bauern. Ihnen fehlt jedes Verständnis für die wirtschaftliche und politische Entwicklung. Sie brauchen vorher nicht politisch so stark zu denken wie die Arbeiterpartei. Erst als sie sahen, daß sie immer mehr und mehr proletarisiert werden, da fingen sie an politisch tätig zu werden. Sie suchen in der politischen Umstellung in Deutschland die Ursachen ihres schlechteren Ertrags, also im „Sozialismus“. Sie können es nicht begreifen, daß Arbeiter in Staatsstellen kommen, das geht in den Kopf eines Spielers nicht hinein. Sie, als frühere Bevoorzugte, können sich nicht damit abfinden, daß sie nicht mehr allein diese Stellen besetzen. Der Kaufmann schreit über die Konkurrenz, der Handwerker über die Tarifverträge, deshalb sind sie auf die Sozialdemokratie schief zu sprechen. Das Hitlerprogramm könnte noch bündigender sein wie es ohnehin ist und die Spieler würden trotzdem daran glauben. Die politische Einstellung der Spieler weiter verfolgend, wies der Redner auf die politische Wandlungsabläufe derselben hin.

Aus dem Wahlenfall vom 30. September 1930 ermahnte die vorausgesetzte Taktik für die SPD. Die Entwicklung in der Einzelfraktion und im Reich wird wohl viele, die bisher von Loyalität und nichts wissen wollten, anders gestimmt haben. Die jetzt gelangenen Verhältnisse, besonders in Preußen, lassen auch keine andere Taktik zu. Eine Beteiligung der Nazi an der Regierung würde nicht ohne Einwirkung auf das Kabinett Brining und ob das Zentrum stark genug ist, die nötige Paroli zu bieten, ist sehr fraglich. In wirtschaftlicher Hinsicht besteht zwischen Zentrum bzw. allen bürgerlichen Parteien und den Nationalsozialisten kein allzu großer Unterschied, darum sollten die Parteigenossen, die immer sagen, daß man die Nazis an die Regierung lassen sollte, damit sie zeigen können, was sie zu leisten vermögen, sehr vorsichtig sein.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen kam Redner kurz auch auf die Reichspräsidentenwahl zu sprechen und unterließ die Richtigkeit der Taktik der SPD. Die weiteren innenpolitischen Zustände beleuchtend, erwähnte er u. a. auch das SW-Verbot. Wenn bürgerliche Parteien mit der Sozialdemokratie gehen, so nur deshalb, weil sie sich von der Nazi bedroht fühlen. Wenn die Nazis geschäftsfähig sind, so kann der Zustand kommen, wo wir ganz allein haben im Kampfe um den Sozialismus und die Rechte der Arbeiterpartei. Eine SW-Verbot ließen die Länderregierungen eine große Rolle, insbesondere Preußen und die süddeutschen Staaten. Die Stellungnahme gegen die Nazi-Beamten, wobei Baden voranzugehen, war höchst notwendig. Redner kam dabei auch auf die Schwierigkeiten bei der Durchführung der beschlossenen Maßnahmen zu sprechen.

Im weiteren Teile seines Vortrages befaßte sich Gen. Reinhold mit der Arbeitsbeschaffung. Er wies darauf hin, daß die

kapitalistische Anbahnung keine Eingriffe des Staates zur Behebung der Krisis durchden will. Trotz Krisenlangweil, trotz des Vorstoßes der Gewerkschaften und SPD, will die Regierung nicht handeln. Solange aber ein Einreiben in den Arbeitsprozess nicht stattfindet, wird auch ein Einreiben in den Arbeitsprozess nicht stattfinden.

Der Situation in Preußen sich zugewandt, machte der Referent ganz interessante Mitteilungen über die Möglichkeiten einer Regierungsbildung in Preußen und wies auf den bitteren Ernst der Gesamtlage hin. Es gelte, sich für die kommenden schweren Kämpfe bereit zu halten, denn sie werden sehr scharf werden. Gen. Reinhold befaßte sich nun mit außenpolitischen Fragen, wobei er natürlich auch die französischen Wahlen in den Kreis seiner Betrachtungen zog und warnte, sich in Illusionen auf den Ausgang der französischen Wahlen hinzugeben, wenn auch durch diese Wahlen wieder mehr Hoffnung gegeben wurde. Die bürgerlichen Demokraten in Frankreich sind kein Haar besser wie die deutschen. Eine Vereinigung zwischen Deutschland und Frankreich ist notwendig, im Interesse beider Staaten, insbesondere Deutschlands. Die Ausblide, die Redner in der Außenpolitik gab, waren nicht die erfreulichsten.

Zum Schluß streifte der Referent noch kurz die Koalitionspolitik in Baden. Er verpflichtete dabei die Auffassung, daß die Koalitionspolitik schuld sei, wenn der Zustrom zur Partei kein größerer sei, denn in Bayern und Württemberg habe die Partei bei der Wahl nicht befriedigend abgeschrieben, trotzdem sie nicht in der Regierung war. Bei den Länderwahlen entscheidet eben nicht die Länderpolitik, sondern die Reichspolitik. Redner richtete sodann den Appell an die Parteimitglieder, daß die Parteigenossen nach wie vor der Parteileitung Vertrauen entgegenbringen. Wir müssen uns darauf einstellen, daß uns große Kämpfe bevorstehen. Auch die Genossen anderer Länder schauen darauf, daß wir Deutschland von dem Faschismus und Kommunismus fernhalten und die Demokratie für Europa retten. Unsere Bewegung muß auch siegen, weil unsere Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft die Grundlage zum Siege vorfindet.

Das Referat fand ungeheuren Beifall der Versammlung.

Die Aussprache

Die von den Genossen Kimmelman, Müller, Krämer, Thomas, Reith, Richter, Siebert und Herz bestritten wurde, war eine sehr ergiebige. Die verschiedensten wirtschaftlichen und politischen Fragen wurden aufgeworfen, wobei auch die Koalitions- und Regierungspolitik eine große Rolle spielte. Die Haltung der Beamtenschaft zum Staate fand ebenfalls Erwähnung, dabei wurde besonders hervorgehoben, daß die staatspolitische Haltung der Arbeiterpartei anlässlich der Reichspräsidentenwahl turnbros über denjenigen des größten Teiles der Beamtenschaft stand. Von der bürgerlichen Regierung wird verlangt, daß sie mit aller Strenge gegen diejenigen Beamten einschreitet, die gegen die republikanische und demokratische Staatsform sich betätigen, denn der Beamte ist in einem Treueverhältnis zum Staate und ein Staatsbeamter, der nicht zu seinem Staate halte, sei einfach unentbehrbar. Daß die tatsächlichen Fragen ebenfalls Gegenstand der Diskussion waren, ist ja selbstverständlich.

Am Schlußwort befaßte sich Gen. Reinhold mit den in der Diskussion vorgetragenen Fragen und betonte noch einmal, daß die Sozialdemokratie die Verantwortung nicht dafür übernehmen könne, daß durch ihre Schuld die Nationalsozialisten an die Macht gelangten. Ihre Taktik werde sich deshalb darnach einrichten. Einen Grund zum Pessimismus sei absolut nicht vorhanden, denn der Sieg werde und müsse dem Sozialismus gehören. Notwendig sei allerdings Kampfesmut, Kampfschlossenheit und Opferwille der arbeitenden Bevölkerung.

Gen. Koch schloß hierauf die recht gut verlaufene Versammlung.

Die Zahl der ausgegebenen Bezugscheine Karlsruhe hat nur 20 erhalten ist sehr gering. Es soll damit erreicht werden, daß sich möglichst viele Hühnerhalter zum gemeinsamen Bezug von Weizen zusammenschließen; die Gemeinden sind ausdrücklich angewiesen, darauf hinzuwirken. Es wird erwartet, daß die Hühnerhalter die Stadtverwaltung in diesem Bestreben unterstützen, die ihnen dafür die Weizenbezugscheine unentgeltlich ausstellt, überhaupit die ganze nicht unerhebliche Arbeit (sich es doch in Karlsruhe 2700 Hühnerhalter mit über 37000 Hühnern) unentgeltlich leistet. Damit die Zahl der der Stadt Karlsruhe überlassenen Bezugscheine ausreicht, muß jeder, der nicht Anspruch auf 5000 Kilogramm Weizen hat und auch noch Zusammenschluß mit anderen Hühnerhaltern die Menge nicht erreicht, sich bei einem Händler oder Verband anmelden und sich dort mit genauer Adresse in eine Liste eintragen, die der Händler oder Verband in 2 Stunden dem städt. Statist. Amt einreicht, das feststellt, wieviel Weizen auf jeden in der Liste Eingetragenen entfällt. Wenn auch auf eine solche Liste nicht mindestens 5000 Kilogramm entfallen, muß sich der betreffende Händler oder Verband mit einem zum gemeinsamen Bezug zusammenschließen. Alle diejenigen, welche sich zum gemeinsamen Bezug zusammenschließen haben, müssen sich jeweils darüber verständigen, für welchen von ihnen der Bezugschein ausgehelt werden soll. Bei Sammelbezugscheinen von mindestens 5000 Kilogramm darf die errechnete Weizenmenge um 5 Prozent erhöht werden.

Rus Organisationen und Vereinen

Der Feuerwehrtagsverein Karlsruhe hat am 6. Mai d. J. im Bürgeraal des Rathauses hier seine Jahresmitgliederversammlung abgehalten. Der Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt und Altstadtrat Dr. Friedrich Weill, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und nahm Bezug auf Ziel und Zweck des Vereins und seine Tätigkeit im Jahre 1931. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende den beiden im vergangenen Jahre leider so rasch nacheinander verstorbenen langjährigen Vorstandsmitgliedern, Herrn Stadtrat Eugen Ged und Herrn Professor Kornbas,

einen ehrenvollen Nachruf. Im Jahre 1931 traten dem Verein 130 neue Mitglieder bei, so daß nach einem Abgang durch Tod, Weizung und Austritt von 78 Personen auf Jahresabschluss 1479 Mitglieder vorhanden waren. Im Karlsruher Krematorium haben im Berichtsjahr 280 Einäscherungen stattgefunden (gegen 204 Fälle im Jahre 1930), demnach ein Mehr von 76. Von den Einäscherungen waren 157 männlich und 123 weiblich; davon waren 237 von Karlsruhe und 43 von auswärts. 216 Personen waren evangelisch, 28 katholisch, 7 israelitisch und 19 konfessionslos. Im ganzen wurden seit Eröffnung des Krematoriums im Jahre 1904 bis Ende 1931 4689 Leichen einäscheriert. Dem vom Geschäftsführer Wilhelmsen beskamtagebenen Kasienbericht für 1931 war zu entnehmen, daß bei 7375 Markt Einnahmen und 7115 Markt Ausgaben, ein Kasienverrat von 260 Markt verblieb. Das Vermögen hat sich wieder um über 1500 Markt vermehrt und beträgt zur Zeit rund 12000 Markt. Als Bestattungslokalen wurden in 44 Fällen zusammen 2780 Markt ausbezahlt. Für die verstorbenen Vorstandsmitglieder Stadtrat Eugen Ged und Professor Kornbas wurden die Herren Stadtrat August Philipp und Friedhofinspektor Albert Wenzel für die Restatzeit der Verstorbenen bis 1933 gewählt. Aus der Mitte der Versammlung wurde aneregt, bald wieder einmal eine öffentliche Beerdigung des Krematoriums zu veranstalten, was der Vorsitzende für die nächste Zeit bereitwillig in Aussicht stellte. Nach Beantwortung verschiedener Fragen aus der Mitte der Versammlung wurde dem Vorstand und der Geschäftsführung Dank und Anerkennung ausgesprochen und einstimmig Entlassung erteilt. Mitglieder, die ihre Wohnung gewechselt haben, werden gebeten, zur Erleichterung des Beitragsentzugs dem Verein die neue Adresse mitzuteilen.

(:) Gefunden. Am 18. April wurde bei dem Unterhaltungsabend des VOGB im großen Festhallsaal eine 11 Jahre alte Handuhr gefunden. Dieselbe ist abzuholen im Büro des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Lammstr. 15 (am Friedhofslatz).

(:) Hohes Alter. In körperlicher und geistiger Frische kann heute Herr Wilhelm Fels, der frühere Besitzer der Brauerei Fels, seinen 80. Geburtstag feiern.

Billigste Pfingstpreise

Braune Chev.-Damen-Spangenschuhe eleg. Modell, Blockabsatz	6.95
Feinfarbige Damen-Spangenschuhe mit L. XV. Absatz	5.95
Braune Damen-Schnürhalbschuhe breite, schöne Form, zum Wandern	6.60

Die neue Mercedes

Sonder-Preislage für Herren, Damen, Knaben u. Mädchen

9.75 12.50

SCHUH-DANGER

Kaiserstraße 161, Ecke Ritterstraße

Braune Kinder-Schnürhalbschuhe breite bequeme Form GröÙe 31-35	5.95	4.95
Braune Kinder-Spangenschuhe mit schöner Garnitur GröÙe 31-35	5.25	4.70
Braune u. Lack-Kinder-Spangen- u. Halbschuhe flotte Modelle GröÙe 23-25	3.75	
Herren-Halbschuhe in schwarz und braun, schlanke moderne Form	6.95	
Opanken die große Mode schöne Modelle 8.95	4.70	

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle
Ede Kammitzke und Hinkel ließ gestern abend ein in östlicher Richtung durch den Firtel fahrender Personenkraftwagen mit einem in Richtung Schloßplatz durch die Kammitzke fahrenden Personenkraftwagen zusammenstoßen. Hierbei wurde der erstgenannte Wagen umgeworfen und so stark beschädigt, daß er abgeschrieben werden mußte. Auch das andere Fahrzeug wurde beschädigt, während Personen nicht verletzt wurden. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, hatte das eine Fahrzeug das Vorfahrtsrecht nicht beachtet, während das andere in unvorsichtiger Weise fuhr.
Bei einem Verkehrsunfall in Rintheim Ede Birzenweh und Hauptstraße, wo ein Personenkraftwagen mit einem Kraftfahrzeug zusammenstieß, wurde eine Person leicht verletzt und außerdem das Kraftfahrzeug schwer beschädigt.

Festgenommen
wurden mehrere Personen, darunter drei zur Strafverfolgung und eine, die von einer auswärtigen Behörde wegen Diebstahls zur Festnahme ausgeschrieben war.

Lichtspielhäuser
In den Kammer-Lichtspielen
läuft ab Freitag die große Ma-Tonfilm-Operette „Zwei Herzen und ein Schloß“ mit Allan Garbow in der Hauptrolle und ihrem neuen Partner, 1929 entdeckte Allan Garbow alle Welt in „Liebeswalzer“, 1930 „Die Drei von der Konfiserie“, 1931 „Der Kongreß tanzt“, 1932 „Zwei Herzen und ein Schloß“. Ein Film, den jedes gesehen haben muß.

Da kämpfen Götter selbst vergebens — im Union-Theater
Bei dem Tonfilm „Lieserl für Euch, schöne Frau“ war ein recht herrliches Ensemble aufgeführt worden. Wir haben uns die größte Mühe gegeben, uns geschäftlich zu übertrauen, aber da trippelte eines Tages eine Diva in einem schwarz-weißen Pelzmantel ins Theater, gegen

die wir alle einfach nicht antommen konnten, um so mehr, da wir uns sogar noch in sie verliebten. Diese Diva hieß Schumpfl. Wir Schumpfler wissen alle, daß Hunde und Kinder immer die Symbole des Wohlstandes haben, aber es war uns allen noch nie ein Hund begegnet, der mit solcher Wärme und mit solcher Anteilnahme seine darstellerischen Aufgaben erledigte. Er machte uns das Leben rechtlich schwer, und wir einwilligten mit Schumpfl in einer Art, wie das bisher noch in keinem Film gesehen ist. Doch dieser Konfliktkampf untereinander mit Schumpfl zum Guten war, das ja die Vorbereitung des Films, der ein großer Erfolg wurde, bezielte. Aber wir alle haben festgestellt, daß gegen den jetzt prominenten Filmstar Schumpfl nicht nur Schumpfler, sondern auch Götter vergebens kämpfen würden, denn Schumpfl vertritt es, mit einer Bewußtsein seiner eigenen Rollen oder mit einem feiner melancolischen Augenblick die Augen zu schließen und zu übertrauen. *Dr. Kamper.*

Küppurr
Abermals im Führer angegrünert. Genosse 555 n schreibt uns: Die politischen Gebrüder, die ich in der Bahn mit meinen Freunden führe, haben es einem ganz „neutralen“ Beamten angetan, sich in diesem Organ eine ganze Spalte lang auszusprechen. Warum hat dieser „parteilose“ Beamte nicht den Mut, seinen Namen zu nennen? Wenn er wirklich parteilos ist, warum schimpft er dann auch auf den Volksfreund, den ich liebe, die „Materialisten“ um? Er macht mich zum Parteibuchbeamten, der ich gar nicht bin, um mich besser bei meiner Arbeitsstelle denuncieren zu können. So steht sein Christentum aus! Wenn ich mit ihm zusammen tagtäglich auf den Staats schimpfen würde, der ihn ernährt, dann wäre ich ein annehmbarer Zeitgenosse. Es muß dem Artikelreiber bekannt sein, daß die staatsfeindlichen Beamten sich in der Bahn täglich ungeniert über das „Sozial“ unterhalten, was die anderen natürlich zur Weenwehr veranlaßt. Der anfängliche Teil der Beamten ist darüber mit mir der Meinung. Der Artikel schmeißt von Materialität, weil ich Beamter bin, lei mein Brot gebaden. Nun bin ich aber nicht Beamter, das hätte er wissen können, denn er mich öffentlich herunterreißt und denunciert, ohne seinen Namen zu nennen; wenn ich Beamter wäre, würde ich dem Staat, von dem ich eine rechtliche Erlaubnis habe, wie es bei dem Artikelreiber der Fall ist, eine anfängliche Genugung entgegenbringen.

Veranstaltungen
Badisches Landestheater: Der 18. Oktober, 20 Uhr.
Badische Lichtspiele: Am Baune der Berge, 17 und 20.30 Uhr.
Gloria-Palast: Der Glöckner von Notre-Dame, Quartes Programm.
Kammer-Lichtspiele: Eine Nizza in Paris, Die Banditen von Zandvoort.
Votak-Lichtspiele: Sauto Morale, Beiprogramm.
Waldens-Lichtspiele: Der kleine Schenker, Beiprogramm.
Kaffee Bauer: Tanzabend.

Tageskalender
der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Freier Hausfrauenbund
Bei unserer nächsten Zusammenkunft, die am Donnerstag, 12. Mai, nachmittags 4 Uhr, im Zentralverband der Angehörigen, Gartenstraße 25, stattfindet, spricht Herr Dr. Weichmann über: „Mittel und Wege zur Hebung der Arbeitslosigkeit“. Wir bitten Mitglieder und Freunde um zahlreicher Besuch.
An die Bezirkskassierer! Die Bezirkskassierer werden auf die Berechnung der eingezogenen Aprilbeiträge erinnert.

Dereinsanzeiger
Der 5. u. mehr. Seite 60 Dfg. die Seite
Vergängnisgemäßen Faden unter jeder Rubrik in der Regel keine Ausnahme, oder werden von Redaktionsteilern besorgt.

Karlsruhe.
F.R. Fußballer, Freitag halb 9 Uhr vollständige Berichterstattung im „Gambinus“. Auch die Alten Herren werden gebeten, zu erscheinen.
Stadtausflug für Arbeiterport und Jugendpflege, Mittwoch, den 18. Mai, abends 8 Uhr, im Volkshaus.
Vollversammlung.
Tagesordnung: Reichsarbeiterportrat. Alle Arbeiterportvereine müssen vertreten sein.

Geh zu TIETZ! Dann reicht's!

Konfitüre
Pflaumenmus Pfund 38.7
Vierfrucht-Marmelade Pfund 42.7
Preiselbeeren Pfund 48.7
Orang.-od. Aprikos.-Konfit. Pfund 58.7
Himbeer-Konfitüre, hausgem. Pfund 68.7

Pflaumen-Konfitüre
Nirsch-Konfitüre
Dreifrucht-Marmelade 48.7

Delikatessen, offen
Sardellen 1/4 Pfund 24.7
Käpern 1/4 Pfund 35.7
Mayonnaise 1/4 Pfund 20.7
Heringsalat 1/4 Pfund 20.7
Fleischsalat 1/4 Pfund 24.7
Sesam- u. Gelee Portion 12.7
Sesam- u. Gelee Portion 20.7
Brathappen oder Krabben in Gelee Portion 24.7
Deutscher Kaviar 1/4 Pfund 75.7
Delikates-Gurken, süß-sauer Stück 10.7 5.7

Rucksack-Proviant
Erbsen mit Speck Dose
Bohnen mit Speck
Linsen mit Rauchfleisch
Div. Suppen mit Einlagen
Delikates-Wurstchen 5 St. 48.7

Deutsches Cornedbeef Dose 75.7

Sardellen-od. Anchovispaste
Sardellen große Tube 45.7
Senf engl. Art große Tube 30.7
Suppenwürfel 10 Stück 24.7
Fleischbrühwürfel 10 Stück 24.7
Suppenwürfel versch. Sorten Stück 24.7
Himbeersaft Dose 45.7

Goldbarschfilet, Bratschollen, Merlans.

Vollfette Käse
Tilsiter mit Rinde 1/4 Pfund 40.7
Tilsiter ohne Rinde 1/4 Pfund 46.7
Emmentaler ohne Rinde 1/4 Pfund 44.7
Holländer ohne Rinde 1/4 Pfund 60.7
Edamer ohne Rinde 1/4 Pfund 40.7
Dänischer Gouda 1/4 Pfund 48.7

Deutsches Frischel 65
mit Adlerstempel 10 St. 65.7 75.7

Delikatessen in Dosen
Oelsardinen oh. Gräten Dose 65.7 45.7
Deutscher Kaviar Dose 100 Gr. 80.7
Nordsee-Krabben Dose 70.7 45.7
Essiggurken Dose 40.7
Mayonnaise 1 Pfd.-Dose netto 98.7
Bismark, Rollmops in Mayonnaise 1 Ltr.-Dose 95.7
Marinierte Heringe Dose 95.7 65.7
Sesam in Gelee Dose 75.7 48.7
Sardinen in feinem Olivenöl, Herbe 3 Dosen 95.7
Sardinen 4 Dosen oder 6 Dosen 95.7

Gemüse- u. Obstkonserve
Junge Erbsen 85.7
Junge Erbsen mittelfein 75.7
Junge Schnittbohnen 48.7
Junge Schnittbohnen I 85.7
Feine junge Brochbohnen I 85.7
Feine junge Brochbohnen II 75.7
Junge Perlbrotbohnen 75.7
Jg. Stang.-Wahrsbrotbohnen 75.7
Prinzebohnen mittelfein 75.7
Prinzebohnen fein 95.7
Mirabellen 1.15
Heidelbeeren 98.7

Wieder eingetroffen:
Suppenhühner getr. Pfund 78.7

Für die Pfingstbäckerei
Sultantinen Pfund 90.7 78.7 48.7
Haselnußkerne Pfund 68.7
Mandeln 68.7 Pfund 1.15
Stadion-Mehl 5 Pfund 1.35 1.25
Backpulver 5 Pakete 24.7
Vanille-Zucker 5 Pakete 24.7

Teebutter Hausmarke 1/4 Pfund-Paket 72.7
Mecklenb. Fabbutter Pfund 74.7

Unser Pfingstangebot
29er Niersteiner Domthaler mit Gl.
29er Niersteiner Friggenhöl mit Gl.
29er Oppenheim, Goldberg 1.-
29er Liebfraumilch

Gute Weine vom Fass
Flasche mitbringen
Spredlinger weiß Liter 48.7
Edenkobener Heide w. Liter 48.7
Eschbacher Schloßberg Liter 68.7
Ungsteiner rot Liter 68.7
Ingelheimer rot Liter 75.7
Gaubelheimer rot Liter 75.7

Fruchtschaumwein Herbe, incl. Steuer Pfasche 1.85
Likör Spezial-Marke, 6 Sorten 1/2 Flasche 1.75 1/4 Flasche 2.90
Weinbrand, Hausmarke 1/2 Flasche 2.10, 1/4 Flasche 3.50
Schwarzw. d. Kirschwasser 50% 1/2 Flasche 2.90 1/4 Flasche 4.50

FrISCHE FISCHE
Kabliau Pfund 15.7
Kabliau-Filet Pfund 24.7
Schellfisch Pfund 38.7

Ihre moderne Damentasche
den Reisekoffer
finden Sie in großer Auswahl zu niedrigen Preisen im
Spezialgeschäft
Geschw. Lämmle
Kronenstraße 51

Zentralverband der Maschinisten und Heizer, sowie Berufsgenossen Deutschlands
Am 10. Mai (Freitag) um 9 Uhr langjähriges Mitglied, Kollege
Franz Sulger
im Alter von 50 Jahren, 2754
Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle aus in Wülzburg statt. Wir erlauben uns zahlreiche Beteiligung anfertiger Mitglieder.
Die Ortsverwaltung.

Badisches Landestheater
Donnerstag, 12. Mai
„D 28“
(Donnerstagsmiete)
Der 18. Oktober
Schauspiel von Walter Erich Schäfer
Regie: Dr. Waag
Wirtende: Baumbach, Brand, Dahlen, Ernh, Gemmecke, Knochel, Luther, Rehner, S. Müller, Wehler, v. d. Trend, J. Gröbinger, Grimm, Schuch, H. Müller, Schöntaler
Anfang 20 Uhr Ende 22 Uhr
Breite B (0.70-4.20.4) 619
Fr. 13. 5. Keine Vorstellung. Im Konzertsaal, Rademovelle, Theater, Sa. 14. 5. Vor Sonnenaufgang. So 15. 5. Neu einstudiert: Rientz, Im Sommerabend, Jähriger, 53 a 11, Rademovelle, Docteur

FrISCHE FISCHE
Direkt ab See in schwerster Eispackung
Kabliau
im ex. 17 im An-schnitt 20
Pfd. Pfd.
Kabliau Filet 25
ohne Bauchlappen Pfd.
Neu: Mat. esheringe 3 40
leite zarte Fische a Stk.
Nur in den Spezialabteilungen
Marktplatz u. Weltzienstr.
Koll. Schellfisch u. Kabliau
Backfische, Nordsalm
Raucherfische
Feinmarinaden 2739
in großer Auswahl
Am Freitag eintrudend aus einem Farm. Die ersten
Delikates-Brathähnchen
ca. 1-1 1/2 Pfund schwer
Brat- und Suppenhühner

Speisen Sie in der
Reform-Gaststätte „GERES“
Kaiserstraße 56, 1 Treppe
FrISCHE Gemüse - Feine Mehl- u. Süßspeisen - Große Auswahl in Spezialgerichten und -Platten - Zusammen-gestellte Essen - Kein Trinkzwang
Mäßige Preise - Schnellste Bedienung

Erholungsheim der Stadt Karlsruhe in Baden-Baden
Das Heim ist wieder eröffnet. Die Verpflegungslage wurden herabgesetzt auf 2.20 bis 4.20 je nach Zimmerwahl für diesige Selbstzahler und auf 4.00 bis 6.00 für Auswärtige und Kassen. Persönliche Anmeldung werktäglich bei uns, Verwaltungsgelände Zimmer Nr. 13
Städtisches Krankenhaus Karlsruhe

Hofen, Toppfen
ne u. gebt., spottbillig
Jähriger, 53 a 11, Rademovelle, Docteur

Pfannkuch
Sonderpreise
Für den Pfingst-Ausflug
Bayr. Leberwurst 2 Pfd. 72.7
Bayr. Camembert 78.7
Oelsardinen 85.7
Salami d. franz. Wurst 95.7
Bierwurst Pfund 95.7
Mettwurst Pfund 95.7

Pfingstangebote
Ein billiger, fröhlicher
Zughund zu kaufen ge-
wünscht. Offerten m. Preis-
angabe, zu nicht an Franz
Zimmer, Suppen-
heim, Wolkestraße 5,
Karlsruhe.

Flaschenwein-Verkauf
zu herabgesetzten Preisen.
Von 10 Flaschen an freie Zufuhr. Abgabe von
Probeflaschen jeweils Dienstag, Mittwoch und
Donnerstag, 14 bis 16 Uhr, im Stadtgartenkeller.
Meldung bei Stadtgartenkassier Ebner (früher
Bronner), Versand nach auswärts. Preislisten und
Auskunft bei:
Städt. Kellerei-Verwaltung
(Krankenhaus, Telefon 5430/33)

Durlacher Anzeigen
Damm- und Weggrasverfeigerung
Das Grasertragnis der fädt. Wege, Dämme
und Gräben auf hiesiger Gemartung wird am
Freitag, den 13. ds. Mts.,
- Zusammenkunft um 8 Uhr bei der Sub-
weggräbe - und am
Samstag, den 14. ds. Mts.,
- Zusammenkunft um 8 Uhr bei der Stragen-
bahnhaltestelle am Bahnhof - an Ort und
Stelle öffentlich verfeigert.
Durlach, den 11. Mai 1932. 651
Der Bürgermeister

Kastatter Anzeigen
Führerhalter können zulässigen Weizen zur
Fütterung erhalten und zwar 2 1/2 Rilo pro
Stück, Rohabend 40 die Viehzüchlerliste
vom 1. Dezember 1931.
Anträge auf Erteilung von Bezugsscheinen
sind auf Zimmer Nr. 9 zu stellen.
Kastatt, den 10. Mai 1932. 660
Der Oberbürgermeister
Rehner.

Für Pfingsten!
Herren-Sporthemden mit bestem Kragen u. passendem 2.20
Bänder, moderne bunte Muster.
Herren-Sportstrümpfe in zartem blau und hellblau 3.90
Herren-Sportstrümpfe B'wolle für Knickerbocker - 75
Damen-Hemden aus prima Crisoline mit buntem Be- - 85
Kinder Söckchen in weiß und farbig mit farbigem Umschlag
Gr. 3 4 5 6 7 8 9
-16 -18 -23 -27 -31 -35 -38
Kinder Söckchen farbig mit buntem Wollrand
Gr. 1 2 3 4 5 6 7
-30 -35 -40 -45 -50 -55 -60
u. 5 % Rabatt!
ERIB Kaiserstr. 115